

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf. für weitere und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Jmt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 28. Dezember 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Abonnements-Einladung.

Zur Jahreswende richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigtsten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgeboden; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofes hergestellt werden, damit sie ungestört ihre gemeinschaftliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die sofort nach den Ferien beginnen, werden von ganz besonderer Wichtigkeit sein. Unter diesen Umständen ist es doppelt nothwendig, daß die Parteigenossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vorläufige aufs genaueste unterrichten, und daß sie dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter verbreitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. Januar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Bentzstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen.

Nach Beendigung des Romans: „Im Exil“, der im Laufe des Januar zu Ende gehen wird, bringen wir eine

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

87

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Sein Haus machte schon beim Eintritt einen reichen Eindruck. Frau Messant, welche die lange Gewohnheit an ein beschränktes Leben auf eine gewisse Demuth niedergedrückt hatte, schritt voll Respekt über den Teppich dahin, der die Treppe bedeckte. Bescheiden klingelte sie und trat dann achtungsvoll in den Salon ihres reichen Vetter's. René sah sich neugierig um, um aus der Art der Einrichtung sich ein Bild der Leute zu machen. Er hatte sie seit so langer Zeit aus den Augen verloren, daß sie fast Unbekannte für ihn waren. Er bemerkte rings einen Luxus, der mehr solide als elegant, mehr bürgerlich als künstlerisch war, nicht zusammen passende schwere Möbel aus drei oder vier verschiedenen Epochen, Stühle mit vergoldeten Lehnen, deren blanker Goldglanz bewies, daß sie weit mehr in Decken gehüllt, als den Redheiten der Sonne und der Fliegen ausgesetzt waren, einen ebenfalls vergoldeten Kronleuchter, den eine vorsichtige Umhüllung von Gaze schützend umgab. In vergoldeten Rahmen, die sich gegenüber hingen, sah man zwei Porträts, Kniestücke, welche den Herrn und die Frau des Hauses darstellten, den einen bis zum Hals in einen langen, weiten Mantel gekleidet, die andere belolletirt in einer Ballrobe nach der Mode der letzten Jahre unter Louis-Philipp. Es schien René, daß diese ganze Zusammenstellung eine belustigende

Erzählung aus dem Leben: „Zu Tode geht“, von Franz Held. Diese Erzählung beruht durchweg auf gerichtlichen Akten, die von uns dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden sind, und sie zeigt, wie heute der, welcher von seinem Rechte nicht weicht, „in Form Rechts“ zu Grunde gerichtet werden kann.

Nach Schluß von: Zu Tode geht! beabsichtigen wir den früher angekündigten Roman, die Berliner Märzereignisse des Jahres 1848 behandelnd, zu veröffentlichen.

Indem wir so bestrebt sind, unsere Leser zufrieden zu stellen, dürfen wir uns auch der Hoffnung hingeben, daß dieser Aufruf an die Freunde und Genossen seinen Zweck nicht verfehlen wird.

Berlin, Dezember 1894.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Der Schutz der Flößerknechte.

Dem Deutschen Reichstag ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Verhältnisse in der Flößerei vorgelegt worden, wie ein ähnliches Gesetz über die Binnen-Schiffahrt bereits im Sommer 1893 vorgelegt, bis jetzt aber noch nicht beraten worden ist.

Die Flößerei ist eine besondere Art der Binnen-Schiffahrt. Meistens handelt es sich in der Flößerei bei uns in Deutschland darum, das aus den mächtigen Wäldern der deutschen und österreichischen Berge und Gebirge stammende Holz zu Thal und die Flußläufe entlang an die Stapelplätze und Zentralen des Holzhandels zu befördern. Aus den weiten, dichten, urwaldähnlichen Wäldern oben werden die gefällten Stämme meist durch die Holz-knechte selbst auf Rutschbahnen oder mit Benutzung der Gebirgsbäche zu Thal befördert, — eine lebensgefährliche Arbeit, bei der alljährlich tausende von Unfällen geschehen und Jahr für Jahr viele der armen Holz-knechte ins Gras beißen und dafür büßen müssen, daß sie nicht als reiche Waldbesitzer auf die Welt gekommen sind, wie zum Beispiel der durch die Fuchsmühler Affäre so berühmt gewordene Herr von Zoller einer ist, sondern eben nur als arme Holz-knechte.

Erst am Fuße der Berge und Gebirge, wo sich die reißenden Sturzbäche zu Flüssen und Strömen vereinigen, wird das in einzelnen Stämmen heruntergebrachte Holz,

auf den Flüssen schwimmend, zu großen Flößen vereinigt. Eine Reihe dieser Stämme wird durch Querbalken, Ketten, Tane u. s. w. aneinandergeschlossen, mit einem Steuer, den nöthigen Ausrüstungsgegenständen, häufig auch mit einer Hütte für die Mannschaft versehen, und das Floß ist transportfähig. Mit einem Floßführer und mehreren Floßknechten bemannt, wird es nun in tage- und wochenlangender Reise, eine Anzahl unbemannter, aneinandergeloppelter Flöße hinter sich herschleppend, die Flüsse und Ströme entlang, dem Bestimmungs-orte entgegengeführt.

Wie aufreibend, wie lebensgefährlich dieser Beruf der Floßknechte und Floßführer ist, liegt auf der Hand, und unsere Leser werden nicht überrascht sein, zu erfahren, daß auch diese Flößerei längst in das Getriebe der kapitalistischen Unternehmungen hineingezogen ist. Nicht etwa, daß die Herren Kapitalisten sich selbst als Floßknechte oder Floßführer verdingten — das sei ferne von ihnen. Aber als kapitalistische Unternehmer den Transport der Hölzer aus den Gebirgsgegenden in die Stapelplätze der industriereichen Tiefebene zu besorgen, sich zu diesem Zweck der Arbeitskraft einer Reihe von Proletariern zu bedienen, diesen die Lebensgefahr und einen lärglichen Lohn zu überlassen, für sich selbst aber den reichen Gewinn einzustreichen, — dazu haben sich unsere Kapitalisten nicht lange nöthigen lassen. Man nennt diese Herren „Frachtfloßer“. Ihre Unternehmungsart zeigt viele Ähnlichkeit mit der der sogenannten Expeditionsfirmen.

Die Verhältnisse dieser Unternehmungen zu den auftraggebenden Waldbesitzern, Holzhändlern zc. einerseits und den angestellten Floßführern, Floßknechten andererseits bildet nun den Gegenstand, den der oben erwähnte Gesetzentwurf regeln will. — Vieles von dem, was er enthält, interessiert uns natürlich nicht, oder es ist hier doch nicht der Ort, sich damit zu beschäftigen; dafür fehlt aber auch vieles darin — alter, lieber, bürokratischer Gewohnheit gemäß, — was uns sehr lebhaft interessieren würde. Wir denken dabei an eine vernünftige Regelung der Verhältnisse der Floßknechte, an einen ausreichenden Arbeiterschutz dieser Kernkern der Armen, wovon das Gesetz so gut wie nichts enthält. Schon bei dem vorjährigen Entwurf über die Binnenschiffahrt wurde von einsichtigen Sozialpolitikern ein ähnlicher Mangel beklagt. Aber unsere Geheimräthe haben wichtigeres zu denken, als sich über Leben und Gesundheit der Schiffer- und Floßknechte den Kopf zu zerbrechen; und irgend eine Arbeiterorganisation, die den beteiligten Herren Geheim-

Gewiss, antwortete Herr Dubourg. Ich habe bereits ein Lustspiel geschrieben, ein Lustspiel . . . zum Lachen. René sagte sich, daß ein Lustspiel zum Weinen etwas viel Selteneres wäre. — Es ist noch nicht gedruckt. Ich habe auch einen Roman verbrochen. Ich muß Ihnen gelegentlich meine Manuskripte vorlesen.

René schauderte im Voraus. Der Vetter fuhr fort: Geht es Ihnen ebenso wie mir? Was mir am meisten Mühe macht, das sind die verdammten Uebergänge. Warum Sie, was ich in der Nacht mache, wenn ich nicht schlafen kann?

Nein, René wußte es nicht, und dieses Mal gestand er es aufrichtig ein.

Nun, ich suche meine Uebergänge. Sehen Sie, in Literatur machen ist hundertmal besser als in Politik. Ach, mein Gott, in jeder Regierung giebt es ja immer etwas, was nicht in Ordnung ist, aber vorausgesetzt, daß die Geschäfte gut gehen, ist es doch das Vernünftigste, wenn man resignirt. So habe ich das Kaiserreich durchaus nicht geliebt, aber ich habe es ertragen. Ich bin durchaus nicht vernarrt in die Republik — Sie werden mir meine Offenheit verzeihen; dennoch nehme ich sie an. Ich glaube, Sie selbst, mein junger Vetter, denken jetzt nicht mehr daran, eine Revolution zu machen?

Die Frage kam etwas schüchtern heraus. Frau Messant warf ihrem Sohne einen berehenden Blick zu, und René versicherte ganz ernsthaft, daß er nicht die geringste Lust hätte, für sich allein eine Revolution zu machen. Herr Dubourg nahm diese Antwort sichtlich erleichtert auf und bemerkte noch:

Nicht daß ich alle Veränderungen tadle! Es ist gewiß nöthig, daß die jungen Leute, die jungen Advokaten vor allem Forderungen erheben, für sie sprechen, ja selbst ein

Mischung von Brunkelie und Knauserei vereint, die zugleich feierlich und banal war und sozusagen nichts Individuelles, keine Seele hatte.

Ein dicker, kleiner, kahlköpfiger Mann trat in diesem Moment ein. Es war Herr Dubourg. Sein rötliches, glatt rasirtes Gesicht erschien durch die hängenden Wangen, die seiner Physiognomie etwas Weichliches, Unterwürfiges und Leeres gaben, noch breiter. Kleine gutmüthige, aber lebhaftige Augen vermochten sie nicht zu beleben. Der allzu gut genährte Körper schien den Geist völlig absorbiert zu haben. Sogar der Leib schien sich auf Kosten der Arme, die jämmerlich kurz geblieben waren, gerundet und gemästet zu haben. Zu all dieser Fülle gehörte eine quäkende Kinderstimme.

Herr Dubourg umarmte Frau Messant, drückte René die Hand, entschuldigte die Damen, die auf die Vorbereitungen zu dem Diner noch einen letzten Blick warfen. Er war voll Herzlichkeit, voll vertraulicher Härtlichkeit. Die liebe Konsine blieb doch immer dieselbe, sagte er. Das Alter berührt sie garnicht. Und Sie, mein junger Vetter, ein schöner Erfolg! Preisgekrönter des Instituts! Das ist ausgezeichnet, ganz ausgezeichnet! Ich vermag mehr als irgend jemand anders den Werth einer derartigen Auszeichnung zu schätzen.

Er machte eine Pause und sagte dann halb verschämt, halb geheimnißvoll:

Wissen Sie, daß ich auch in Literatur mache, ich?

Nein, René wußte es nicht, und er hätte es auch niemals geahnt beim Anblick seines würdigen Vetter's. Aber sein Grundfah war: Man muß alles denken, was man sagt, aber nicht alles sagen, was man denkt. Er begnügte sich, zu erwidern:

Wirklich?

ältern die Beschwerden und Wünsche dieser Proletarier der Seen und Flüsse hätte vorführen können, giebt es bis jetzt leider noch nicht. So ist denn der Abschnitt des vorliegenden Gesetzes, der über die Mannschafft handelt, wieder so kläglich wie möglich gerathen.

Die wenigen Paragraphen dieses Abschnitts enthalten fast nichts wie ein Pflichtenverzeichnis für den Flößernecht: Die Bestimmung, daß der Flößmann, der sich dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstes rechtswidrig entzieht, durch die Polizei, wangsweise zur Erfüllung seiner Pflicht angehalten werden soll; die Weisung, daß er allen Anordnungen des Flößführers folgen muß, das Flöß ohne Erlaubniß nicht verlassen darf, bei Unfällen für Rettung von Personen und Sachen seine besten Kräfte einzusetzen hat; die Mittheilung, daß er sofort entlassen und abgelohnt, also brotlos gemacht werden kann, wenn während der Fahrt der Winter eintritt. Ein paar trockene Bemerkungen, daß der Flößernecht (wenn er nicht, wie es die Regel bildet, für die ganze Reise einen festen Akkordlohn bekommt) den Lohn alle vierzehn Tage verlangen kann: Das ist der Arbeiterschutz in dem neuen Gesetz.

Kein Wort davon, warum man diese Arbeitergruppe der Flößernechte nicht einfach der deutschen Gewerbe-Ordnung unterstellt; warum man sie in die Klasse der Dienstboten hinabdrückt, sie zur Führung eines Dienstbuches verurtheilt, sie polizeilich zwingen läßt, bei etwa eintretenden Zwischenfällen den Dienst weiter zu versehen; warum man ihnen also das werthvollste Recht der sonstigen Arbeiter, das Koalitionsrecht, raubt. Sind solche Bestimmungen schon in der Seeschiffahrt ungerade und hart, dort aber allenfalls noch erklärlich, weil dem Kapitän in fernem Erdtheilen vielleicht jede Möglichkeit fehlt, neue Mannschafft anzuwerben, wenn die alte ihn verläßt, — so ist es wohl nicht so unmöglich, von den auf unseren deutschen Flüssen und Seen schwimmenden Flößen ans Land und dort zu neuen Arbeitskräften zu kommen, um deswegen solche harten, auf Sklaverei und Leibeigenschaft hinweisenden Gebräuche in unsere angeblich so humane Zeit hinein zu verpflanzen und zu verewigen. Kein Wort in dem neuen Gesetz, warum man zwar von dem Flößernecht verlangt, alle Arbeiten, die ihm übertragen werden, sei es Tag oder Nacht, zu verrichten; warum man aber nicht auch verordnet, daß diesen Flößernechten alltägliche einige Stunden der Raft, allwöchentlich ein Tag der Ruhe gegönnt sein soll. Kein Wort, wie und wo Verunglückte zu versorgen; kein Paragraph, keine Zeile über die Schlafräume, die Beköstigung, die diesen Proletariern zu gewähren; keine Andeutung auch nur darüber, warum nicht auch bei uns in Deutschland, wie es in Oesterreich schon lange geschehen ist, ein Beamter als Binnenschiffahrts-Inspektor bestellt werden soll, der verpflichtet wäre, ähnlich den Fabrikinspektoren der gewerblichen Betriebe, auf den Elb- und Oderlähnen, bei den Rheinschiffen, bei den Holzflößen für Leben und Gesundheit der Schiffsproletarier zu sorgen, die wirtschaftlich zu schwach sind, für sich selber einzustehen.

Die Thätigkeit in der Binnenschifferei, Flößerei zc. ist eine der für Leib und Leben allergerährlichsten Berufsarten. In dem einen Jahr 1892 wurden bei den drei deutschen Binnenschiffahrts-Vereinigungen 91 Personen als im Beruf getödtet (also wohl meistens ertrunken) angemeldet. — 91 Menschenleben in einem Jahr! Das sollte der Staatsregierung doch eigentlich genügen, dieser Proletariatsklasse wenigstens einen geringeren Schutz angedeihen zu lassen, wie den industriellen Arbeitern.

Man sagt, daß der Seemann — und die in der Flößerei und Binnenschiffahrt thätigen Arbeiter stehen den eigentlichen Seelenteufeln ja sowohl der Art wie der Gefährlichkeit des Berufs nach sehr nahe — einen wetterfesten Körper und ganz besondere Charaktereigenschaften besitzen müßte, um für seinen schweren und verantwortungsvollen Dienst leistungsfähig zu sein. Da wird verlangt unerschütterliche Pflichttreue, die vor keiner Mühe, vor keiner Unbequemlichkeit, vor keiner Gefahr zurückschreckt, die stets bereit ist, unter allen Umständen am rechten Platz die nothwendige Arbeit zu thun, die zu jedem Dienst allzeit bereit ist. Zu solcher Pflichttreue gehört ein fester Wille, der des eigenen Herzens Regungen, die einen jeden Menschen oft beschleichende Anlust und Trägheit, das Ruhebedürfnis und die Abspannung zurück-

wenig Lärm dabei machen. Das gehört zu ihrem Alter. Sie müssen sich eben die Hörner ablausen. So begreife ich es auch, daß sie so ungestüm die Republik verlangt haben. Aber nun, da sie die Republik haben, was wollen sie nun noch mehr?

Herr Dubourg mußte es bei dieser triumvirischen Frage bewenden lassen; er wurde durch den Eintritt seiner Frau und seiner Tochter unterbrochen. Nachdem die ersten Begrüßungen ausgetauscht waren, wanderten René's Blicke natürlich zu dem jungen Mädchen, das ihm die Hand gereicht und ihn mit den Worten: Guten Tag, Vetter! begrüßt hatte. Er war überrascht. Er hatte erwartet, eine strahlende, kokette, lecke, hochmüthige Pariserin zu finden, und er fand eine kleine, blass, schmächtige Brünnette, deren Kleidung und Haltung die Provinzialin verriethen. Man konnte nicht sagen, daß sie häßlich war, die Blige waren von einer Härtheit, der es nicht an Anmuth gebrach. Das Gesicht trug den Ausdruck einer Sanftmuth, die einen gewissen Reiz hatte. Sie sah leidend aus. — Das Kind eines alten Vaters — dachte René, indem er bei sich feststellte, daß Herr Dubourg mindestens fünfundsiebenzig Jahre alt sein mußte. Aber warum trug sie diesen glatten Madonnen-scheitel, der an die Lithographien der Restauration erinnerte? Warum dieses dunkle, schlichte Kleid, das an die Uniform eines Waisenhauses erinnerte? Warum vor allem diese furchtbar, ängstliche Miene, wie wenn sie in ihrem eigenen Hause zu Besuch wäre? Der Vater konnte es nicht sein, der ihr Furcht einflößte. Um sich dessen zu vergewissern, genügte es, den Mann anzusehen. War es die Mutter? Sie schien nur einen Hauch von Leben in sich zu haben. Schmächtig und brünett wie ihre Tochter machte sie den Eindruck eines geknickten Rohres. Sie hatte einen matten Gang, matte Bewegungen, eine gebeugte Haltung, eine Stimme, die stets einen wehmüthigen Klang hatte. Seit dreißig Jahren wenigstens lag sie im Sterben, was für sie ein Vorwand war, um in verschiedenen Bädern Aufenthalt zu nehmen, um ganze Tage auf der Chaiselongue ausgestreckt zu liegen und dabei sehr elegante Negligés zu tragen. Konnte man dieser ewig

drängt. Vor der Pflicht muß dem Seemann jede Rücksicht auf die eigene Person verschwinden."

Wenn dies so ist, dann wäre wenigstens zu wünschen, daß diese Rücksicht auf die Personen der Schiffer nicht auch der Staatsregierung so völlig verschwände, wie es wieder in dem Gesetzentwurf über die privatrechtlichen Verhältnisse in der Flößerei" geschehen ist.

Die Regierung scheint aber auch unter dem allernuesten Kurs eigene Initiative nur da entfalten zu wollen, wo es gilt, das Kriegsheer zu verstärken, den Agrariern allerlei Liebesgaben zu verschaffen und die Arbeiter durch Umsturz-gesetze zu knebeln — scheint sich aber auch in Zukunft jede Maßregel zum Schutz der Arbeiter, und sei sie auch noch so bescheiden, erst durch die sozialdemokratische Kritik abnütigen lassen zu wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Dezember.

Die internationale Solidarität bekundet sich in den zahlreichen Aeußerungen der Sympathie, die der deutschen Sozialdemokratie in ihrem neuesten Kampf gegen die vereinigten Umsturzparteien des Kapitalismus seitens der Genossen aller Kulturländer zu theil werden. Wir müssen auf die Wiedergabe der Zuschriften verzichten, da unser Raum nicht ausreicht. Die deutsche Sozialdemokratie dankt den Genossen im Ausland und wird das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen wissen. —

Neu-Organisation der Verwaltung in Preußen. Nach der Köln. Volkszeitung" soll eine durchgreifende Neu-Organisation in der allgemeinen Verwaltung Preußens, verbunden mit Ersparnissen, geplant werden. Es handle sich darum, eine Zwischeninstanz fallen zu lassen, den Landrath oder die Regierung, wahrscheinlich aber die letztere. Diese Angelegenheit bilde den Gegenstand von Erörterungen und Berathungen bei den zuständigen Ministerien. Danach würde also die Eintheilung der preussischen Provinzen in Regierungsbezirke fortfallen und die Landräthe direkt mit dem Oberpräsidenten verkehren. —

Militärboykott. Wie ein ganz harmloser Mann in äblen Gernach bei der Militärbehörde kommen kann, hat ein Mehrgemeister in Mainz zu seinem Schaben erfahren. Dieser hatte zum Einwickeln der Wurst einen Posten altes Papier gekauft, worunter sich auch Stücke der sozialdemokratischen Mainz. Volksstimme" befanden. Kürzlich kam ein Soldat in den Laden des Mehrgers, der, ohne sich irgend welche Gedanken zu machen, vielleicht auch ohne zu sehen, was für ein gefährliches Einpackpapier er hatte, dem Käufer die verlangte Wurst in einen Theil der sozialdemokratischen Zeitung einhüllte. In der Kaserne angekommen, sah man die Mißthat, und nun gab's eine eingehende Untersuchung, die damit endete, daß den Soldaten der Besuch des Mehrgers verboten wurde. Da der Mehger der Sozialdemokratie fernsteht, hofft der Geschäftsmann, daß der Boykott wieder aufgehoben wird. — Sozialdemokratische Zeitungen müssen doch sehr interessant sein, sogar dann noch, wenn sie bereits als Wurstpapier benutzt werden. —

Zur Handwerkerfrage schreibt die "Post": Eine von national-liberaler Seite beabsichtigte Interpellation betreffend die etwa in Aussicht genommenen Maßnahmen des Reiches in der Handwerkerfrage wird, wie die Schles. Ztg." hört, eine sehr entgegenkommende Beantwortung finden. Es dürfte insbesondere auch der falschen Annahme begegnet werden, als könnte es bei der geplanten innigeren berufsgenossenschaftlichen Zusammenfassung der Handwerker auf irgend welche wirtschaftliche oder politische Beschränkung freier Staatsbürger abgesehen sein; vielmehr handele es sich wesentlich darum, mit zum Zwecke einer Erhöhung der sozialen Widerstandskraft dieser Kreise, des sogenannten Mittelstandes, gewisse Verpflichtungen derselben, welche im öffentlich rechtlichen Interesse liegen, so zu vertheilen, wie es der Leistungsfähigkeit der Standesgenossen am besten entspricht. —

Dunkel ist der Rede Sinn. Nun, wir werden ja bald sehen, wie weit Herr v. Bötticher seine früher recht vernünftigen Anschauungen über die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis abgestreift hat. Vielleicht wird der sonst so rebegabte Sprechminister auch hier in den Hintergrund treten und Herrn v. Berlepsch die Beantwortung der Interpellation überlassen müssen.

kranken Frau, diesem gebrechlichen Wesen, die Kraft zutrauen, ein achtzehnjähriges Mädchen so zu unterdrücken?

Die kleine Gesellschaft begab sich in das Speisezimmer. René, der zwischen Frau und Fräulein Dubourg saß, bemerkte, daß die Mutter, während sie ständig über ihren Magen klagte, mit großer Geschwindigkeit die angesprochenen Fleischstücke, die sie sich auf den Keller gelegt hatte, verschwinden ließ und daß sie dazu einen alten Vorbeaug trank, dessen Flasche, da der Wein für sie allein reservirt war, um jeder Verwechslung vorzubeugen, eine Stecknadel auf dem Pfropfen trug. Als sie sich über ihre Gesundheit beklagte, sagte er ihr, daß die kränkelnde Schönheit in der Mode sei und sah, wie auf ihrem sehr gepflegten und in seiner Blässe noch immer hübschen Gesicht etwas wie Geunthung aufblitzte, gerade als ob er ihrer Eitelkeit an einer besonders empfindlichen Stelle geschmeichelt hätte. Er versuchte auch mit seiner Kousine Marceline zu plaudern, was nicht eben leicht war, denn sie gab nur einsilbige Antworten. Vergebens sprach er von Theater, Musik, Romanen. Sie hatte nichts gelesen, nichts gesehen. In den anderthalb Jahren, die sie seit ihrem Austritt aus der Pension im elterlichen Hause zugebracht hatte, war sie mit geschlossenen Augen wie eine Gesangene stets in ihren vier Pfählen geblieben. Sie besaß über nichts eigene Ansichten, ließ keine ausgesprochene Vorliebe für irgend etwas erkennen, abgesehen vielleicht davon, daß sie Briefmarken sammelte. Dies schien ihre einzige Passion zu sein. René fragte sich, wer von ihnen beiden eigentlich aus einem fernem Lande gekommen sei. Schließlich richtete er, als er nicht mehr wußte, worüber er mit ihr sprechen sollte, die Frage an sie, wie die Schweiz ihr gefallen hätte. Sie stammelte erröthend ein paar Worte und warf dabei einen hilflosen Blick zu ihrer Mutter hinüber, die ihr denn auch zu Hilfe kam.

O, sagte Frau Dubourg, wir sind ja nur flüchtig dort gewesen, und es ist auch schon lange her. Hätten wir uns längere Zeit in der Schweiz aufgehalten, so würden wir — wie Sie sich denken können — nicht verfehlt haben, Sie zu besuchen. (Fortsetzung folgt.)

Reorganisation der Staatsbahnen in Oesterreich und Preußen. Während man in Preußen bei der Reorganisation der Staatsbahnen an den Beamtenstellen und den Beamtengehältern große Ersparnisse machen will, schlägt man in Oesterreich die entgegengesetzte Politik ein. Aus Wien wird hierüber berichtet:

Die Generaldirektion der Staatsbahnen versügte mit Zustimmung des Handelsministeriums, daß im Laufe des kommenden Jahres etwa 6000 bisher im Tag- und Wochenlohn stehende Bedienstete und zukünftig nach Maßgabe der freien Stellen auch weitere Bedienstete in das statutenmäßig eingereichte Personal aufgenommen werden. Diefelben erwerben hierdurch einen Anspruch auf Altersversorgung, normalmäßige Aufbesserung der Bezüge zc. —

Wie es gemacht wird. Der Bund der Landwirthe versteht es, das muß man sagen, auf krummen und geraden Wegen sich seine Liebesgaben zu verschaffen. Der Abgeordnete Graf Mirbach hat an sämtliche landwirtschaftliche Vereine ein Zirkular gelangen lassen, in welchem er namens des Ausschusses der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" den Vereinen fünf gedruckte Petitionskentwürfe sendet mit der Aufforderung, dieselben an den Reichstanzler, den Bundesrath, den Reichstag, den Schatzsekretär und den preussischen Finanzminister gelangen zu lassen. Die Entwürfe sind gleichlautend bis auf die Titulatur der Adressaten; sie bedürfen nur der Unterzeichnung eines Namens für den Vorstand und der Bestätigung des Datums. Sehr bezeichnend ist in dem Zirkular die Bemerkung: Es wird gebeten, die Anschreiben handschriftlich auszuführen und zu vollziehen." Durch die handschriftliche Ausführung soll wohl die Massenfabrikation der Petitionen den Adressaten gegenüber verdeckt werden. Die Entwürfe verlangen mit Rücksicht auf den gesunkenen Getreidepreis, daß die Regierung die Initiative zur thatsächlichen Lösung der Silberfrage durch die schleunigste Einberufung einer internationalen Konferenz ergreife. Tugend eine Begründung über den Zusammenhang der Berufung einer internationalen Konferenz mit einer Steigerung der Getreidepreise erspart sich Graf Mirbach in seinem Anschreiben.

Hoffentlich wirkt dieser Massensturm auf Reichstanzler, Bundesrath, Reichstag u. s. w. Hoffentlich haben die angerufenen Instanzen ein menschliches Hören, — und mit den armen, nothleidenden Agrariern haben sie es ja so gern. —

Die Religion als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie. In seiner Weihnachtsansprache an die Kardinalen sagte der Papst:

Die Nationen seien infolge der Enttäuschungen und Unglücksfälle, welche sie erlitten, sowie infolge der wachsenden Gefahren zu der Erkenntnis gelangt, daß die bürgerlichen Tugenden und Gesetze, sowie strenge Maßnahmen allein nicht ausreichen, die Massen im Zaum zu halten. Es erscheine deshalb von höchster Wichtigkeit, daß alle zusammenwirken, damit der Glaube das öffentliche und das Privatleben durchdringe, der Name Gottes in den geschehenden Versammlungen, in den Vereinen und Familien mit Ehrfurcht genannt werde und die Regierenden die Religion in den Heeren und der Bevölkerung fördern.

Den Regierungen und den bestehenden Klassen ist die Religion als Erziehungsmittel der Bedrückten und Ausgebeuteten zur Entfaltung und zum Vortritt auf die Besserung ihrer Lage erwünscht. Ja, die Religion soll dem Volke erhalten bleiben. —

Oesterreichische Provinzial-Landtage. Die Landtage von Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und Steiermark sind heute eröffnet worden. —

Die Verhandlungen wegen Neubildung des ungarischen Kabinetts werden eifrig gepflogen. Auch mit Mitgliedern der Opposition wird verhandelt. —

Die Abschaffung der Todesstrafe im französischen Militär-Strafgesetzbuch beantragte unser Genosse Jaurès in der Deputirtenkammer. Er begründete seinen Antrag damit, daß die Todesstrafe bloß an gemeinen Soldaten, niemals aber an Offizieren vollzogen werde. Trotz des Widerspruches des Präsidenten und der Regierungspartei vertrat Jaurès den Standpunkt, daß das Gesetz die Verurtheilung des Hauptmanns Drenfus zum Tode zulasse und verlangte die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Ministerpräsident Dupuy beantragt Uebergang zur Tagesordnung; der Minister beschuldigt die Internationalisten, daß sie die Hierarchie im Heere angreifen suchten, und stellte die Vertrauensfrage. Hierauf bemerkte Jaurès, es sei vermissen, vom Internationalismus zu sprechen, nachdem die Regierung am Sonnabend eine Gesellschaft kosmopolitischer Ausbeuter gegen die Rundgebung der Kammer zu schätzen gesucht habe. (Großer Lärm.) (Der Arbeitsminister Barthou ruft: "Sie lügen!" Lebhaftes Zwischenrufen. Barthou und Rouanet werden zur Ordnung gerufen.) Jaurès erwidert: "Das Lügen ist nicht auf unserer Seite, sondern bei der Regierung, welche sich auf den Patriotismus hinauspielt." Der Kammerpräsident Brisson beantragt, die zeitweilige Ausschließung gegen Jaurès auszusprechen; die Ausschließung wird mit großer Mehrheit beschlossen, Jaurès verläßt den Saal. (Heftiger Lärm auf der äußersten Linken; der Präsident hebt die Sitzung auf.) Nach fünf Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen und zur lebhaften Bewegung mit 437 gegen 85 Stimmen Ueber zur Tagesordnung beschlossen. Gauthier zieht seine Interpellation, betreffend die Angelegenheit Drenfus zurück, beantragt aber die Dringlichkeit für die Vorlage des Kriegsministers. Der letztere schließt sich dem Antrag Gauthier an. Millerand (Sozialist) sucht nachzuweisen, daß Drenfus mit dem Tode hätte bestraft werden können. Die Dringlichkeit für die Vorlage des Kriegsministers (Verschärfung des Spionengesetzes) wird mit 542 gegen 2 Stimmen angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Die freche Beschuldigung des Genossen Jaurès als Lügner seitens des Arbeitsministers Barthou hatte ein unblutiges verlaufenes Duell zwischen Jaurès und Barthou zur Folge. Daß wir die Erledigung persönlicher Angelegenheiten mit der Waffe in der Hand mißbilligen, brauchen wir nicht weiter auseinanderzusetzen. Die französischen Sitten erklären dies aber entschuldigend es nicht!

Unsere Reaktionen im Reichstage werden ihre Freude daran haben, daß Jaurès wegen seiner Angriffe auf die Regierung für einige Zeit seiner parlamentarischen Thätigkeit entzogen wurde. Der ehrliche Demokrat wird aber über diese Beschneidung der parlamentarischen Freiheit enttäuscht sein und sie überall und jederzeit bekämpfen. —

Der Prozeß Drenfus gefällt natürlich denjenigen nicht, an welche Drenfus sich verkauft hat. Und die deutsche Gesandtschaft in Paris hat es für nöthig gehalten, formell alle Beziehungen zu dem Verurtheilten abzubrechen. Das war sehr überflüssig; denn daß Gesandte und Gesandtschafts-

beamtete sich nicht offiziell mit Spionen und Spionage abgeben, das versteht sich ebenso von selbst, wie daß die Gefandtschaften in den Ländern, wo sie sind, nicht Spionendienste — Psi! das häßliche Wort! — aber Beobachterdienste, namentlich auf militärischem Gebiet verrichten. Das ist sogar ihre Hauptaufgabe, denn alles was sie sonst zu thun haben, könnte auch brieflich besorgt werden. Wir haben nicht den leisesten Zweifel, daß die deutsche Gesandtschaft korrekt verfahren ist. Und wir wollen auch nicht in sittliche Entrüstung ausbrechen über niederträchtige Praktiken, welche sich mit Nothwendigkeit aus dem herrschenden politischen System ergeben. So lange die Völker es noch dulden, daß der Militarismus mit seinem „bewaffneten Frieden“ ihnen das Mark ausfaugt, werden diese Praktiken in jedem Falle, wo Entdeckung eintritt, emphatisch abgelehnt werden. Energisch müssen wir aber Verwahrung dagegen einlegen, daß in deutschen Zeitungen der Ausschluß der Öffentlichkeit in dem Dreyfus-Prozess als Beweis chauvinistischer Parteilichkeit hingestellt wird. Der Ausschluß der Öffentlichkeit war jedenfalls nicht im Interesse des Chauvinismus; im Gegentheil er war unzweifelhaft geeignet und wohl auch darauf berechnet, Ausbrüchen des Chauvinismus, welche die guten Beziehungen Frankreichs zum Auslande hätten stören können, vorzubeugen.

Während die Chauvinisten in ihren Hoffnungen betrogen sind, hat dieser Prozess den französischen Antisemitismus desto mehr Wasser auf die Mühle geführt. Dreyfus ist Jude — und daß der erste Verräther im großen Stil, den die französische Armee aufzuweisen hat, ein Jude ist, wird von den Dumont und Konsorten nach allen Richtungen hin für die „Vaterlandslosigkeit“ der Juden ausgenutzt, denen das Ausland mehr am Herzen liege, als die Heimath. Daß den Juden im „Auslande“, also in diesem Falle in Deutschland, genau dieselben Vorwürfe gemacht werden, genirt die Herren Antisemiten nicht — es kommt ihnen nur auf den Augenblickserfolg an. —

Monstre-Meeting in Roubaix. Wie uns aus Paris geschrieben wird, findet am nächsten Sonntag, 30. Dezember, im Hippodrom zu Roubaix, der nahezu 7000 Personen faßt, ein Meeting statt, das zu dem Zweck einberufen wurde, um gegen das Verbot der Regierung, betreffend die Errichtung einer Gemeinde-Apothekes sowie Durchführung mehrerer anderer im Interesse der Arbeiterschaft von Roubaixes Gemeinderath beschlossener Reformen, energisch Protest zu erheben. Das Vorhaben der Regierung und deren Helfershelfer ist ein zu durchsichtiges: sie wollen den Arbeitern jede Lust an sozialistischen Gemeinderäthen benehmen. Darum werden dem Gemeinderath von Roubaix selbst die kleinlichsten Reformen verweigert, sogar solche, deren Durchführung dem opportunistischen Gemeinderath des angrenzenden Tourcoing gestattet wurden. Dies will sich aber die Roubaixer Arbeiterschaft nicht ruhig gefallen lassen. Und darum dieses Meeting, das sich um so glänzender gestalten und um so wirkungsvoller sein wird, als die Genossen Jules Guesde, Abgeordneter von Roubaix, Chauvin, Abgeordneter des Seine-Departements, Labussière, Abgeordneter der Oberwieue, Compayré, Abgeordneter des Tarn-Departements, sowie Duc-Quercy und Paul Lafargue als Redner vorgemerkt sind. Dieses Protest-Meeting dürfte sich auch gleichzeitig zu einer großen öffentlichen Kundgebung gestalten, da die Roubaixer Arbeiterbevölkerung wissend ist, die obenbenannten Genossen auf dem Bahnhof zu empfangen und von dort zum Meeting zu geleiten. Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig bemerkt, daß am Vorabend ein Arbeiter-Meeting im Hippodrom zu Lille stattfindet, an welchem sich die obigen Genossen ebenfalls als Redner betheiligen werden. —

Die privaten Eisenbahn-Gesellschaften in Frankreich haben die ihnen von der Regierung in Aussicht gestellten großen Geldsubventionen trotz des Einspruches der Sozialisten, so vor allem Jaurès', vom Parlamente bewilligt erhalten. —

Die Lage in Italien. Einem Briefe unseres italienischen Korrespondenten entnehmen wir das Folgende: Crispi setzt seine Nachverfolgung gegen alle Personen, die zu seiner Entlassung beigetragen haben, mit heftigem Verhören fort. Jetzt hat er auch sein eigenes Werkzeug, den Präsidenten von Mailand, Whinpeare, seines Amtes entsetzt, weil Sicilotti durch ihn Weis-Schott's Depesche erhielt, die von dem schmachvollen Ordensschacher Crispi's mit Cornelius Herz Kunde gab. — Der Hof bleibt in unglaublicher Verblendung über die wahre Stimmung im Lande schwankend und unschlüssig wie zuvor. Obwohl der König gefern Rudini zu längerer Audienz empfangt, haben heute die aus der Banca Romana geführten römischen Organe Crispi's — Sie hören deren Wiederhall im „Berliner Tageblatt“ — wieder Oberwasser und pöfamen mit vollen Waden, Crispi habe das Auflösungsdekret der Kammer schon in der Tasche und bei den Neuwahlen werde er, Crispi, in allen Wahlkommisjonen von Neapel — der politisch korruptesten Stadt in Italien nächst Rom — als Volkslaudidat aufgestellt und gewählt werden, also ein richtiges Plebskizit, ganz wie einst beim edlen Bruder Boulanger.

Janardelli wird in diesen Tagen in Brescia vor seinen Wählern über die politische Lage sein Urtheil sprechen. Inzwischen hat Colajanni, der Abgeordnete von Castrogiovanni in Sizilien, seine Ansprache an die Wähler veröffentlicht, die heute die Kunde durch die Zeitungen macht. Es heißt in dieser Ansprache:

„Ist — zur Beschämung Italiens vor der ganzen Welt — eine größere Ironie der politischen Lage denkbar, als sie der gegenwärtige Augenblick darbietet? Derselbe Mensch Crispi erklärt als Ministerpräsident in dem Vertragungsantrag an den König, „er wolle das Volk zur Freiheit erziehen“, derselbe Mensch, der soeben mit dem blutigen Belagerungszustand, mit den Kriegsverurtheilungen, mit den Verurtheilungen zu 4000 Jahren Gefängnis, mit der gewaltsamen Unterdrückung aller freibethätigten Vereinigungen, mit der Verfolgung ihrer Mitglieder bis auf den heutigen Tag, mit der unerhörten Anebelung der Presse gewirthschaftet und abgewirthschaftet hat? Was giebt es denn noch Feststehendes im Lande, was dieser „Erzieher des Volkes“ nicht erschüttert oder zu Grunde gerichtet hat? Die Volkswertretung selbst hat er erst mitkorruptirt, dann verhöhnt und ihr Ansehen durch die Verurteilung bei Beginn der Session mitten in einer Anklage der Kammer gegen ihn schmächtig herabgesetzt. Fast alle Gesetze, die zum Schutze der Freiheit dienen, werden tagtäglich im Lande brutal verlegt, und die Krone selbst umgiebt Herr Crispi mit einer Atmosphäre, die in den Bankstandalen zur Offenbarung kam. Als in dem Nachbarkande Frankreich der Ordensskandal Wilson und der Panama-Skandal zum Ausbruch kam, da wurde vom entrüsteten Volke der Präsident Grevy gestürzt und ihm folgten mit Verachtung beladen die Minister Freycinet, Loubet, Rouvier, und hier in unserem Lande sehen wir den durch die Skandale am meisten angeschuldigten und am ärgsten Befleckten, noch heute die Geschichte einer Nation von 30 Millionen Menschen leiten!“

Die Pressebelegung, von der Colajanni in seinem Briefe spricht, erscheint hier in Mailand, auf welche Stadt sich Crispi's Wuth stets von neuem entladet, in ihrer abscheulichen, seit der österreichischen Herrschaft nicht mehr erlebten, Gestalt. An einem einzigen Tage, vorgestern, Sonnabend, wurden konfisziert: „La Botaglia“ (sozialistisch), „L'Italia del popolo“ (bürgerlich-republikanisch), ein Blatt, das durch seine radikale Prinzipien-

treue immer größere Verbreitung gewinnt und eine Macht im Lande geworden ist, und der „Secolo“, das bekannte demokratische Blatt, das die größte Auflage in Italien besitzt. Außerdem fiel als Opfer der Reaktionswuth, die als Vorbereitung für Crispi's Wahlkandidatur angesehen wird, am gleichen Tage das wöchentlich erscheinende „Bislatto Mailand“, der „Guerin-Meschino“, und zwar wegen eines Artikels, der den jüngsten Empfang der nun weltberühmt gewordenen Donna Lina Crispi illustriert und mit Hinweis auf die Sicilottischen Dokumente besingt.

Der Erzking von Neapel ist gestorben. Wenn Crispi es noch weiter so treibt, so wird man in Italien bald nach den verjagten Potentaten Sehnsucht empfinden. —

Der dänische Landarbeiter-Verband reichte der landwirthschaftlichen Kommission des Parlaments eine von 4207 Landwirthen (wovon 289 Bauern, die übrigen Inskulte und Landarbeiter sind) unterschriebene Adresse ein mit den Forderungen, daß

1. der Boden, welcher zu Hausantheilen verwendet werden soll, Staats- oder Gemeinde-Eigentum werden müsse;
2. die Arbeiter ein Gebrauchsrecht auf Boden erhalten zur Pacht oder Miete unter Bedingungen, daß sie volle Sicherheit erhalten für alle auf dem Grundbesitz ausgeführten Verbesserungen;
3. die Größe der ausgewählten Antheile soll mindestens 5—8 Tonnen betragen, wo die Erde gut ist, und auf geringeren Boden entsprechend größer sein, so daß die zukünftigen kleinen Ackerbauer von ihren Antheilen völlig leben können, ohne darauf angewiesen zu sein, den beschlossenen Arbeitern die Löhne zu drücken;
4. das Betriebskapital zu billigen Rentenrößen und leichten Abzahlungsbedingungen zu erhalten ist.

Wenn diese Petition sich auch nicht völlig auf den Standpunkt der dänischen sozialdemokratischen Partei in dieser Frage stellt, so ist sie doch ein Beweis, daß ein großer Theil der Ackerbauer bereits dem sozialdemokratischen Prinzip, daß der Boden Gesellschaftseigentum sein soll, zustimmt. —

Von Rudolph Churchill, der vor Jahren wie ein Meteor am konservativen Himmel Englands aufstieg, und der für einen zweiten Disraeli galt, berufen die konservative Partei zu regenerieren, hat man lange nichts gehört. Von der politischen Bühne verschwunden er ganz plötzlich; dann machte er eine Reise nach Afrika, über die er ein recht albernes Tagebuch veröffentlichte, und jetzt erfahren wir, daß er nach langjähriger Abwesenheit in die Heimath zurückgekehrt ist — ein unheilbarer Idiot. Nicht Ueberarbeit hat den letzten der Malborough's in diesen Zustand gebracht, sondern die Trunksucht, die allerdings durch eine krankhafte Disposition des Hirns, wenn nicht hervorgerufen, aber doch gefördert wurde. Zu Rudolph Churchill verliert die konservative Partei Englands ihre tüchtigste junge Kraft. —

Der Prozess gegen den Epitel Ungern-Sternberg in Lüttich. Die außerordentliche Schwurgerichtssitzung, in der die Opfer Sternberg's abgeurtheilt werden sollen, ist zum 14. Januar angesetzt. Angeeschuldigt sind 14 Personen, darunter 9 Deutsche. Soeben ist die fünfzig Druckseiten füllende, von dem Staatsanwalt Demareux verfaßte Anklageschrift ausgegeben worden.

Nach der von der „Boschischen Zeitung“ mitgetheilten Anklageschrift wurden am 22. April d. J. Dynamitanschläge gegen das königliche Theater und die Wohnung des Bürgermeisters, am 28. April gegen die Jakobskirche und am 30. Mai gegen das Haus des Arztes Renon ausgeführt. Die Polizei nahm ihr bekannte Lütticher Anarchisten, unter ihnen den deutschen Schankwirth Schlabach, in dessen Lokal sich ständig die Anarchisten versammelten, fest, aber es fehlte jede Spur. Da wurde eine Postkarte aufgefangen, die ein deutsches, bei Frau Sterpin dienendes Dienstmädchen Marie Wendel an Frau Schlabach gerichtet hatte, um sie zu bitten, „einzelnde Bücher bei ihr abzugeben“. Diese Karte wurde der Frau Schlabach zugestellt; sie eilte sofort zu dem Dienstmädchen und wurde bald darauf verhaftet. Die Untersuchung stellte fest, daß Marie Wendel den Verkehr zwischen dem Schankwirth Schlabach und einem seit dem Anschlage gegen die Jakobskirche verschwundenen Russen vermittelte. Der Russe war der sogenannte Baron Ernst Ungern von Sternberg, der, aus Strassburg kommend, am 2. November 1893 in Lüttich eingetroffen war. Sein wahrer Name ist Cyprianus Jagollowski, 1865 in Rußland geboren, der sein Land und seine Frau verlassen hatte und im Februar 1893 in Wien austauchte. Er lebte von großen Summen, die ihm aus dem Auslande zufließen; er ging nach Frankreich, ließ sich für die Fremdenlegation anwerben, ging nach Algier, stahl dort dem Woffengenosse, dem russischen Baron Sternberg, dessen Paß und desertirte. Er floh nach Basel und sodann nach Lüttich, wo er sich als Student ausgab, aber niemals die Universität besuchte und mit dem Lütticher Studenten Arnold bekannt wurde. Am 16. November verließ er Lüttich, um seinen in Rußland sehr schwer erkrankten Vater zu besuchen; auf der Fahrt hielt er sich fünf Tage in Berlin auf und lehrte erst am 24. Dezember nach Lüttich zurück. Er wurde auch mit dem Lütticher Studenten Leblanc bekannt, besuchte das Schanklokal Schlabachs und wurde mit allen Anarchisten befreundet. An öffentlichen Orten und in Lokalen hielt er stets revolutionäre Reden. Nach den unter seiner Leitung verübten Anschlügen verschwand er nach Holland, und seine Spur fand sich erst wieder, als er in Petersburg festgenommen wurde. In den Notizen aus den Briefen des Russen fand sich der Name „Richard“. Wroich gab den deutschen Bergarbeiter Richard Müller als Ausführender der Anschläge an, und so wurde auch dieser festgenommen. Auf Grund der Müller'schen Geständnisse wurden die Lütticher Studenten Arnold und Leblanc, der Lütticher Hausierer Jooris, die deutschen Arbeiter, Tischler Bach, Schuhmacher Westcamp, Bergarbeiter Wille und Wollen verhaftet. Die Anklageschrift geht in einzelnen die Anschläge durch, stellt die Theilnahme jedes Angeeschuldigten fest und weist nach, daß es sich um eine anarchistische Verschwörung unter der Leitung Jagollowski's gehandelt hat. Bei dem Anschlage gegen das Theater hat Jagollowski selbst die Bombe angezündet und niedergelegt. Aller Sprengstoff rührte aus der Zechen Cherron her und war unter Woffens Leitung entzündet worden. Bei dem Anschlage gegen das Haus des Bürgermeisters haben Woffen und Westcamp die Bombe gefertigt und niedergelegt; bei dem Anschlage gegen die Jakobskirche am 28. April war Müller nach seinem eigenen Geständnisse auf Betreiben des Russen der Ausführender. Da inzwischen die Polizei auf den Russen fahndete, so reisten nach an demselben Abend der Russe und Müller nach Maastricht ab. Die beiden Studenten nahmen alle Papiere Jagollowski's an sich und fuhren dem Russen nach; auch Westcamp traf dort ein. Eine neue Bombe wurde angefertigt und wenige Tage darauf wurde der Anschlag gegen das Haus Renon's ausgeführt. Zugleich wurden von Maastricht aus anarchistische Brandstiftungen nach Lüttich versendet; der deutsche Anarchist Tischler Bach, der früher in London anständig war und jetzt in Lüttich arbeitete, fand mit den holländischen Anarchisten in Verbindung und brachte die von den holländischen Revolutionären Blegen, Cornelissen und Gérard verfaßten Manifeste nach Lüttich. Bei Wille wurde ein Londoner Brief vorgefunden, der auf ein Zusammengehen mit den englischen Anarchisten hinweist. Die Anklageschrift kommt zu dem Schluß, daß es sich um eine internationale anarchistische Verschwörung handelt. —

Der holländische Kolonialkrieg scheint für den Moment beendet zu sein. Aus Batavia wird nämlich gemeldet:

Nach einer Depesche der Mittagsausgabe des „Handelsblad“ aus Batavia vom heutigen Tage hat der Generalgouverneur von Indien die Expedition nach Sombol für aufgelöst erklärt. Der Radja Silang von Lamjang hat sich der holländischen Regierung ergeben.

So erfreulich diese Nachricht für die holländischen Macht-haber ist, so werden sie sich doch der Sorge nicht entschlagen können, daß unter der Welle so manche Funken fortglimmen, welche, durch einen kleinen Windstoß in Bewegung gesetzt, in ihrem ostasiatischen Kolonialreich die Flammen des Auf-ruhes zu heller Lohe entfachen können. Die Unzufriedenheit mit den holländischen Ausbeutern ist in den Kolonien so groß, daß dort vollständige Ruhe niemals herrscht. —

Die national-polnische Agitation erhebt in Russisch-Polen wieder ihr Haupt. Man agitiert für eine große Trauerdemonstration anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Jahrestages der dritten Theilung Polens. Wegen der Verbreitung von Flugblättern, die zu dieser Demonstration aufforderten, haben in Warschau eine Reihe von Verhaftungen stattgefunden. —

Kleine Erleichterungen scheinen der russischen Provinzialpresse nun gewährt werden zu sollen. Dieselbe war bisher einem noch viel schroferen Drucke unterworfen als die Residenzpresse. Nach dieser Richtung scheint eine Ausgleichung stattfinden zu sollen. Aus Petersburg wird hierüber gemeldet:

Der Provinzpresse sind größere Freiheiten bezüglich der Besprechung von politischen und öffentlichen Ereignissen erteilt worden. —

Korruption in Rußland. Der Zahlmeister des russischen Leiblosaken-Regiments hat, wie der „Post“ aus Petersburg gemeldet wird, 180 000 Rubel unterschlagen.

Die Russifizierungs-Maßregeln in den deutsch-russischen Provinzen scheinen ungeschwächt fortgesetzt zu werden. Aus Petersburg wird hierzu gemeldet:

Beschuß Hebung des Besuchs der Universität Dorpat, der seit Aufhebung des deutschen Sprachunterrichts sehr gesunken war, hat die Unterrichtsverwaltung beschlossen, eine größere Vermehrung des Lehrpersonals vorzunehmen und eine namhafte Summe zur Unterstützung russischer Studenten auszugeben. —

Ueber die Korruption der New-Yorker Polizei sieht der Begon'sche Ausschuss seine Untersuchungen fort. Am Freitag erklärte der stellvertretende Kapitän Schmittberger, wie es in Kapitän Williams' Distrikt zugegangen wäre. Fünf der schlimmsten Kasterhöhlen New-Yorks hätten dem Kapitän Williams regelmäßige Zahlungen leisten müssen, um nicht befristet zu werden. Er, Schmittberger, habe das Geld selbst einestiftet. Wurde die Sache dann zu schlimm und die Klagen gegen diese Häuser zu stark, so wurde eine Klage unternommen. Die Besitzer der Häuser hatten aber stets vorher eine Warnung erhalten, so daß beim Erscheinen der Polizei alles in Ordnung war. Auf die Frage, ob er, Schmittberger, auch Erpressungsgelder erhalten habe, lautete die Antwort: ungefähr 200 Dollar den Monat. Jeder New-Yorker Polizei wisse, daß die Polizeikapitäne Geld machen wollten, ganz egal, wie es gäbe einen regulären Tarif für Spielhöhlen und dergleichen. Die Spielhöhlen z. B. zahlten 200 Doll. monatlich. Schmittberger erklärte sich bis an Herz hinan, er habe stets das empfangene Geld mit Kapitän Williams getheilt. Das Einkommen, welches die beiden Braven jeder allein von Spielhöhlen bezogen, betrug 900 Doll. den Monat. Die Wirthshäuser ließen die Weiden in Ruhe. Diese mußten ihre Lösegeld direkt an Tammany Hall abfahren.

Die Gläubiger Ägyptens, das heißt die Großbank in Europa, hindert die Kulturfortschritte in Ägypten und die Steuerentlastung des furchterlich angefogenen Volkes. Aus Kairo wird hierüber depeeschirt:

Die Antwort der Regierung auf den Bericht des gefogebenden Rathes besagt, die Vorschläge desselben seien unausführbar, aus den schon im vergangenen Jahre angegebenen Gründen, die verlangten Sparsamkeits-Maßnahmen unthunlich, sämtliche Posten des Budgets vollständig gerechtfertigt. Da die Mächte die Verwendung der Ersparnisse aus der Konversion zur Erleichterung der Grundsteuer nicht genehmigten, werde die Regierung prüfen, ob die für Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse Kairo's und für Verarbeiten angelegten Kredite einer anderen Bestimmung überwiesen werden können.

China-Japan. Dem „Neuer'schen Bureau“ wird aus Yokohama gemeldet: Nach den japanischen Blättern sind in der Schlacht bei Haischeng am 19. d. Mis. auf japanischer Seite 2 Offiziere, 52 Soldaten gefallen und 12 Offiziere und 356 Soldaten verwundet worden. Die koreanische Regierung hat beschlossen, bei Japan eine Anleihe von 5 Millionen Dollars aufzunehmen und für 5 Millionen Dankbilletts auszugeben. Die Tonghais haben Haisu, die Hauptstadt der Provinz Hwangheido, eingenommen, den Gouverneur vertrieben und einen ihrer Hauptlinge als Gouverneur eingesetzt. Ferner haben dieselben drei Städte im Süden des Landes in Brand gesteckt. General Kobay, der Befehlshaber der ersten japanischen Armee, hat gestern telegraphirt, daß die Lage in Feng-Huang-Tscheng unverändert ist. Eine Depesche des Generals Kasura aus Haischeng vom 24. d. meldet, daß General Sung nach der Niederlage bei Kogafai sich nach Kutschuang zurückzog, sodann aber Kutschuang verließ und sich mit dem größten Theil der dort liegenden Truppen nach Denchobai zurückzog; in Kutschuang befinden sich jetzt keine chinesischen Truppen. Die chinesischen Streitkräfte in Naisambarsi sind seit dem 18. ds. mit der Ausdehnung der Verschauungen und der Verstärkung der Kavallerie beschäftigt. In der Richtung von Pochi ausgefandte Reconnoissirungs-Mithelungen meldeten, daß 8000 Mann chinesischer Truppen von Silco die Küste entlang vorrückten. —

Das japanische Parlament ist zusammengetreten und mit einer Rede eröffnet worden, welche in vollständigen Worten die Siege der japanischen Waffen rühmt. —

Parteinachrichten.

Nachkänge vom Dresden'schen Walschlöcher-Boykott. Unter dieser Epitheta machten wir in unserer Weihnachts-Nummer unsere Leser mit der höchst interessanten Thatsache bekannt, daß der selbe Herr Amtsrichter Becker in Dresden, der die zahlreichen durch die Höhe des Preises sowohl, als auch durch die Art der Begründung auffallenden Urtheile gegen unsere Dresden'schen Parteigenossen, namentlich auch wegen „Boykottvergehen“ gefällt hat, zugleich Aktionär der betreffenden Brauerei ist. Außer den von uns bereits mitgetheilten Verurtheilungen führt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ noch folgende an: Unter Vorsteh des Herrn Becker wurde der Redakteur Genosse Richard, der vom Amtsrichter Brückner vom Vergehen des großen Unfugs wegen Walschlöcher-Boykott freigesprochen worden war, wegen einer ganz geringfügigen Gemeinbealtesten-Beleidigung zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Außerdem erhielt unter demselben Vorsteh Genosse Sandtag, Abgeordneter Gorn wegen Beleidigung zwei Mal je 3 Monate Gefängnis und Genosse Müller wegen Beleidigung 3 Monate Gefängnis. Die Strafe Gradnauer's wurde vom Landgericht auf 5 Monate

herabgesetzt, Horn und Müller wurden vom Landgericht freigesprochen. — Man hätte erwarten sollen, so schlecht die „Sächs. Arb.-Ztg.“, daß der Amtsrichter Dr. Becker sich in den Waldschlösschen-Bozlotzungen selbst für besagten erklärt hätte. Da dies nicht der Fall war, eruchen wir diejenigen Parteigenossen, die sich etwa noch wegen Waldschlösschen-Bozlotz zu verantworten haben, falls sie vor die durch den Amtsrichter Dr. Becker präsidirte Abtheilung des Schöffengerichts kommen, Herrn Amtsrichter Dr. Becker wegen Besangenheit abzulehnen.

Bei der Landtagitation erwachsen den Sozialdemokraten ausgezeichnete Bundesgenossen in den Rittergutsbesitzern, welche bestrebt sind, ihren Besitz möglichst abzurufen. Ein Beispiel für viele entnehmen wir einer Zuschrift der „Sächs. Arb.-Ztg.“, in der es u. a. heißt: „Die Landtagitation macht hier in Lochwitz und Umgebung sehr gute Fortschritte. Diefelbe wird uns sehr erleichtert — wenn auch unfreiwillig — durch den selbstverständlichen hochkonservativen Baron von Kapperr. Er kauft ein Bauerngut nach dem andern auf, so daß unser gegen 2000 Einwohner zählendes Dorf ein richtiges Proletariatsdorf geworden ist. Kuper dem Rittergut giebt es noch zwei Bauern hier. Nicht lange wird es mehr Bauern, dann sind mit Ausnahme der wenigen Hauptausgänge, Straßen genannt, alle unsere ehemaligen öffentlichen Wege entweder mit Hämmen, Thoren oder Drahtgittern versperrt; oder mit den bekannten lieblichen Plakaten verziert: „Das Betreten dieses Weges ist bei drei Mark Strafe verboten! — Die Ritterguts-Verwaltung.“ — Der Gemeinderath hat gegenüber der Einschlebung öffentlicher Wege seine Pflicht nicht gethan! So wurde Mitte der achtziger Jahre demselben ein Besuch des Barons unterbreitet behufs Absperrung der „Röhrsdorfer Gasse“. Gegen ein paar Stimmen wurde das Gesuch genehmigt; allerdings erst, nachdem der Gemeindevorstand dem Gemeinderath ausdrücklich versichert hatte, daß der Herr Baron auch in Zukunft das Begehen des Weges gestatten würde! Nicht lange darauf war der Weg durch massives Thore versperrt! Worte sind eben nur Worte. Noblesse oblige? Ja doch, der Herr Baron hat auch beantragt, daß die Kirche abends geöffnet werde, damit der Arbeiter nach gehauer Arbeit sein Gebet verrichten könne. Das ist doch genug? Noblesse oblige. Ähnlich wie in Lochwitz liegen die Dinge in Prohlis und Bärenklause, wo Verwandte des Barons gleiche Liebe zum Grundbesitz bethätigt haben. Ist doch das Dorf Kautsch vom Rittergut Bärenklause bis auf ein einziges Bauerngut aufgekauft worden, natürlich mit demselben Gefolge von „verbotenen Wegen“ etc. Nun sollte man meinen, daß die antisemitischen Vertreter des Mittelstandes, die ja unsere Thaler widerhallen machten von Judenhas und Aristokratentresserei, im Wahlkampfe 1893 gegen die fortwährende Auffassung des Grundbesitzes Stellung nehmen würden. Nichts hörte man. Im Gegentheil, die Firma des Reichstags- Abgeordneten Hanichen in Lochwitz, dieses überlauten Vorkämpfers der Bauern, hat mit dem Baron v. Kapperr - Lochwitz einen Pachtvertrag geschlossen, wonach die Felder genannter Firma zunächst auf zwölf Jahre in die Ritterguts- Verwaltung übergegangen sind! — Hat vielleicht der Herr Hanichen jetzt erkannt, daß der Landwirtschaft nicht durch Quacksalberei oder schöne Versprechungen geholfen werden kann, sondern nur durch rationellen, wissenschaftlich geleiteten Betrieb, der wiederum nur möglich ist auf großen, nicht durch allerhand Grenzsteine gestörten Flächen? Die Barone und Großgrundbesitzer haben die unrationelle Parzellirung auf, sie vereinnahmen möglichst großen Grundbesitz in einer Hand. Sache der zukünftigen Gesellschaft wird es sein, diesen Herren die Sorge der Verwaltung abzunehmen, den in ihre Tasche fließenden und nutzlos verpflanzten Gewinn an die zurückzugeben, welche ihn mit ihrem Schweiß und Blut verdient haben. Die Landarbeiter aber werden dereinst mit den städtischen Proletariern unentwegt ringen um das hohe Ziel der endlichen Erlösung aus der erstickenden Umarmung des Kapitalismus!

Einem glänzenden Sieg erfreuten unsere Parteigenossen bei den Gemeinderaths-Wahlen in Ober-Reichenbach. Von der von uns aufgestellten Liste der Ansfässigen wurde der Vertreter mit 54, und der Stellvertreter mit 47 Stimmen gewählt. Die Liste der Unanfsässigen unserer Partei trug den vollständigen Sieg davon, denn es erhielten von 91 abgegebenen Stimmen der Unanfsässigen unsere Kandidaten 85, 69, 71 und 70 Stimmen.

Ueber drei Lokale haben die Geraer Parteigenossen die Sperre verhängt, da ihnen dieselben zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Diese Maßregel ist eine vorläufige, nachdem sie hier genügend gewirkt, soll sie auf andere Lokale ausgedehnt werden.

Sozialdemokraten sind als Väter nach Meinung des Amtsrichters Spindler in Langensfeld zur Erziehung ihrer Kinder nicht befähigt. In einem von uns f. Z. veröffentlichten Erkenntniß wurde mehreren Parteigenossen das Erziehungsrecht entzogen. Dieses Erkenntniß wurde nun auf grund einer vernichtenden Kritik vom Ober-Landesgericht Kassel aufgehoben.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie führt auch im „freien“ Hessen zu immer bedenklieheren Geschehnissen. In Hessen besteht kein Vereins- oder Versammlungsgesetz, ohne daß bisher der Bau des Staatsleins dadurch erschüttert worden wäre. Die Regierung aber, die, seitdem Großherzog Ludwig III. französischfreundliches Streben Schiffbruch gelitten hat, immer mehr im norddeutschen Fahrwasser schwimmt, versucht nunmehr, mit allen Mitteln die bestehende Versammlungsfreiheit zu beschränken. Gegenwärtig ist es die Feierabendstunde, die auf den Dörfern hier schon um 11 Uhr eintritt, und die, dem Sinne des Gesetzes zuwider, die Verwaltung auch auf die politischen Versammlungen anwendet. Ein Versuch dieser Art wurde gemacht mit einer Versammlung auf einem Dorfe bei Gießen, nach der der Referent Genosse Adolf Schmidt und die Teilnehmer Strafbefehle wegen Ueberschreitung der Polizeistunde (die nur für Wirtschaftsgäste, nicht für politische Versammlungen bestimmt ist) erhielten. Der Strafbefehl wurde auf erhobenen Einspruch vom Amtsgericht und nunmehr am 14. d. Mts. auch vom Landesgericht Gießen bestätigt. Dem ganzen Vorgehen liegt, wie der Verteidiger Dr. Guiseleisch berichtet, eine allgemeine Anweisung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Verwaltungsbehörden zu Grunde. Es wird jetzt im Auftrage der Landesorganisation Revision eingelegt werden, um festzustellen, ob es möglich ist, das länderliche Versammlungsrecht einfach durch Verwaltungsmaßregeln lahm zu legen und Hessen auf Umwegen allmählig in ein zweites Sachsen zu verwandeln.

Der 8. Kongress der „revolutionären Sozialisten Hollands“ (Nieuwenhuys'sche Richtung) fand in den Weihnachtstagen in Haag statt. Derselbe erklärte die Sozialistenliga für aufgelöst, nachdem dieselbe durch Urteil des Kassationshofes als durch das niederländische Gesetz verboten bezeichnet worden sei. Dem Beschlusse, eine neue Liga zu gründen, stimmten 52 Sektionen zu. Ferner wurde beschlossen, in Zukunft die Kongresse öffentlich abzuhalten.

Todtenliste der Partei. In einer großartigen Kundgebung für die sozialdemokratische Partei gestaltete sich das Leichenbegängniß des Genossen Körner in Mainz. Körner, von Handwerker Schreiner, erreichte das 51. Lebensjahr, trieb seit langer Zeit Wirtschaft und hat in diesem Gewerbe der Partei besonders während des Sozialistengesetzes die größten Dienste geleistet. Das haben die Genossen dem Verstorbenen nicht vergessen und Tausende und Abertausende folgten dem Leichenkondukte, während Tausende auf dem langen Weg bis zum Friedhof Spalier bildeten, wofelbst Reichstags-

abgeordneter Genosse Franz Böst eine ergreifende Gedächtnisrede hielt, die Genossen dabei ansauernd, so treu den Prinzipien der Sozialdemokratie zu folgen wie der Verstorbene es gethan. Der Zug war ein so gewaltig, daß der Verkehr der Dampfstraßenbahn und der Pferdebahn längere Zeit gesperrt war, bis die Massen das Geleise frei gaben. Die Polizei hielt sich gänzlich fern. Zwischenfälle sind denn auch nicht vorgekommen. Dem treuen Genossen, der auch weit über das Reichbild der Stadt Mainz bekannt, bewahrt die Mainzer Sozialdemokratie ein tiefes Andenken.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Verboten wurde in Bochum eine Versammlung, in der Fräulein Löwenherz-Neuwied sprechen sollte.

— Freigesprochen von der Berufungskammer wurden die Genossen Klee, Vater, Gärtner und Lange in Magdeburg von der Anklage des großen Unfugs. Die vierwöchentliche Haftstrafe des Genossen Rosenberger wurde umgewandelt in 120 M. Geldstrafe.

— Die Verschlagnahme des Altenburger „Wähler“ ist, wie der Staatsanwalt durch eine Verichtigung der Redaktion oben genannten Blattes mittheilt, nicht auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft, sondern auf richterliche Anordnung geschehen. Gefahr im Verzuge sei nicht angenommen worden.

— In zwei Wochen Gefängniß und einer Woche Haft wurde der Arbeiter Proxe vom Schöffengericht in Dresden verurtheilt, weil er bei der Feier des Erntefestes im Gasthose zu Hoppeln die Musiker aufgefodert hatte, die Marschmairse zu spielen. Bisher hatte er ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht. Dadurch hatte er sich des Hausfriedensbruchs, der Verübung groben Unfugs und der Uebertretung einer amtshauptmannschaftlichen Bekanntmachung, die das Spielen der Marschmairse verbietet, schuldig gemacht.

— Die Kreisregierung von Kusbach (Sachsen) hat die Beschwerde unserer Nürnberger Parteigenossen über das polizeiliche Verbot von 11 Versammlungen, die an einem Abend in Nürnberg stattfinden sollten, abgewiesen und das Vorgehen der Polizei als „gerechtfertigt“ erklärt. Die Beschwerde wird weiter gehen.

— Der Bürgermeister von Nürnberg, Dr. v. Schuh, der sich seit langem, namentlich seitdem er nicht mehr in den Landtag gewählt wurde, besonders im Kampfe gegen die Sozialdemokraten hervorgethan hat, schloß sich durch eine Reihe Artikel in der „Frankf. Tagespost“ beleidigt und verfolgte den früheren Redakteur des genannten Blattes, den jetzigen Arbeiterssekretär Genossen Segitz. Der Kläger zog es vor, die Sache nicht, wie es sich gehört hätte, von Amts wegen zu betreiben. Er stellte Privatklage und so wurde Genosse Segitz vor den Schöffen verhandelt. Die Privatklage stützt sich, wie aus der Anklageschrift hervorgeht, auf eine Reihe von Artikeln, in denen dem Privatkläger „parteiliches Vorgehen gegen den Arbeiterstand, parteipolitische Manöver, Kleinliches blamables Gebahren, arbeiterfeindliches Vorgehen gegen politische Gegner“ vorgeworfen, er als „emporgelommener Herr“ bezeichnet wurde, „der die derzeitigen Vertreter der ehemals freien Reichsstadt harranguire und schulmeister, sich in blinder Parteilichkeit blamirte, für die eigenen ungeschicklichen Handlungen andere verantwortlich machte und die Belege für seine unwahren Behauptungen und unverfrorenen Beschuldigungen schuldig bleibe“. Ferner wird gesagt, Schuh sei ein bishiger Feind, der gefälligste Gegner der Arbeiterklasse, man habe einen rücksichtslosen Bourgeois an die Spitze der ehemals freien Reichsstadt Nürnberg gestellt, der die Geschäfte des Unternehmthums kaltblütig besorge und den Arbeiter den Fuß auf den Nacken setze; als richtiger Polizeimensch habe er es sich, wie es scheint, zur Aufgabe gemacht, die dem Unternehmthum unbenqueme wirtschaftliche Arbeiterbewegung zu erwürgen. — Genosse Segitz wurde wegen dieser Artikel (über die Verhandlung lassen wir näheres folgen) zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt.

Soziale Uebersicht.

Eine Lohnreduktion als Weihnachtsgeschenk ist den Arbeitern in der Teppichweberei von Späthe, die auf sogenannte Arminster Artikel arbeiten, und zwar in der Höhe von 14 pCt. angeündigt worden. Eine gleiche Lohnherabsetzung ist in diesem Jahre schon einmal vorgenommen worden. Nun müssen die Arbeiter den Hungerriemen vom 1. Januar ab noch enger schnüren.

Ueber die Zustände in den Zuckerfabriken erhalten wir von einem Parteigenossen aus der Provinz Sachsen eine interessante Schilderung. Schon gelegentlich der Debatte über die Zuckersteuer im Reichstage nahm unser Genosse Bock Veranlassung gegenüber der „Notz“ der Zuckerbarone auf die unergiebigen Zustände hinzuweisen, unter die die Arbeiter jenes Industriezweiges zu leiden haben. Leider können wir eine nähere Bezeichnung über den Ort des Betriebes nicht folgen lassen, da wir beschränkt müssen, es könnten für unseren Gewährsmann daraus able Nachteile entstehen.

Unsere Arbeitszeit, so bemerkt der Einsender, ist von früh 6 bis Abends 6 Uhr. Jetzt, inmitten der Kampagne, sind wir gezwungen, noch eine halbe Ueberschicht zu machen, so daß die tägliche Arbeitszeit nun 18 Stunden beträgt. Dabei erhalten die Arbeiter für die zehnstündige Schicht den horrenden Lohn von einer Mark und fünfzig Pfennigen. Von der Direktion ist uns versprochen, wenn wir bis zur Beendigung der Kampagne aushalten und uns gut führen, bekommen wir für die Schicht eine Extravergütung von 25 Pf. Ueber die sanitären Verhältnisse nur einige Angaben. Circa 500 Mädchen aus der Provinz Posen sind in den Kasernen der Fabrik untergebracht. Halb nackt, wie es die Arbeit in diesen Betrieben mit sich bringt, müssen die Arbeiter durch Schlam und Schmutz ihren Weg nehmen, um den an anderen Ende des Grundstücks liegenden Abort zu erreichen. Eine Trennung der Geschlechter an diesem Ort scheint man nicht für notwendig zu halten, nicht einmal in Abtheilungen hat man den Raum zerlegt, ebensowenig verbirgt eine Thür dem Auge den Einblick in das Innere. Des Abends müssen die Mädchen, da eine Belichtung an diesem Ort nicht üblich ist, umhertasten, um sich zu überzeugen, daß sie allein sind.

Einem Beamten, welcher die Räume auf ihre sanitären Zustände untersuchte, haben wir noch nicht gesehen. Ueber die Reinlichkeit kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß sich in dem Fabrikraum keine Bedürfnisanstalt befindet und die Arbeiter oft Stundenlang auf dem Zuckerboden eingeschlossen sind, weil der Steuerbeamte sich einkerkert hat. Mit der Betriebslosigkeit sieht es äußerst bedenklich aus. Der Zuckerboden ist so überlastet, daß der mittlere Balken nur mühsam mit Stützen in der Schwelbe gehalten wird. Der Steuerbeamte erklärte, er gehe nur in Angst auf den Boden, da man dort seines Lebens nicht sicher ist.

Es wäre noch viel zu berichten, so schließt der Einsender, aber ich muß erst ein paar Stunden schlafen, denn um einhalb elf Uhr müssen wir schon wieder nach der Fabrik, weil morgen Bußtag ist, um von Mitternacht bis morgen Abend 6 Uhr zu arbeiten, und das im Lande der Sozialreform.

Ueber den Hausbrand in Sachsenhausen berichtet die „Frankf. Ztg.“ noch folgende Einzelheiten: „Der Bau wurde im Sommer begonnen und war bis zum dritten Stock gediehen. Bauberr war der Sprengmeister Franz Jödel, in dessen Auftrag der Maurerpolier Karl Möller die Ausführung leitete. Ende voriger Woche waren im benachbarten Neubau, dem nächsten Hause der Dreieckstraße, Maurerwerkzeuge des Anbaues abgedrückt und eingestürzt. Man achtete jedoch des warnenden Vorkommnisses nicht, sondern fuhr fort, in schwindelnde Höhe hinaufzubauen. Der Polier Möller verließ sich auf den vortheilhaften Untergrund, die Festigkeit der Fundamente und des verwendeten Materials. Wenigstens behauptet er, es sei alles „von guter Qualität“ gewesen, die Schuld des Zu-

ammenbruchs liege hauptsächlich an der nasen Witterung und an dem Umfange, daß die sog. Kiebel (d. h. die Arbeiter, die zwischen dem Balken- und Mauerwerk zur Herstellung der Zwischenden Holzger, sogenannte Stockfüße, einleiten) das Gefüge auseinander getrieben haben. Von anderer Seite wird diese Möglichkeit bei sonstiger solider Ausführung bestritten, die Zuverlässigkeit der Fundamentierung und namentlich auch der Vermörtelung angezweifelt. Dem Zusammenwirken all dieser Einflüsse hat der Bau nicht widerstehen können, und so brach er denn, als eben wieder die Nachmittagsarbeit aufgenommen war, in sich zusammen. Zwanzig Arbeiter waren auf dem Bau beschäftigt. In ihrer Mehrzahl waren sie, Maurer und Weisbinder, im obersten Geschos thätig, und das muß wohl noch als ein günstiger Umstand gelten. Der durch den Widerstand der unteren Stockwerke gemilderte Sturz aus der Höhe erwies sich weniger verhängnißvoll, als ein Besallenwerden von den einstürzenden Mauer- und Balkenmassen es zweifelsohne gewesen wäre. Als das erste Krachen vernehmlich wurde, retteten sich die auf der Straße an den Aufsätzen stehenden Handlanger, so schnell sie konnten. Die anderen mußten den graufigen Sprung in den Chaos mitmachen. Denn zu einem Chaos war in weniger als einer Minute das in sich selbst stürzende Gebäude umgewandelt. Aus dem Schutthaufen, der sich neben der lahlen gesprengten Brandmauer erhob, ragten nur Gerüstbalken, gesplitterte Balken, verbogene Eisenträger, zerbrochene Stücke der rothen Fassaden-Sandsteine, Leitern und Sparenwerke heraus. Im Nu eilten Leute von allen Seiten herbei, die Feuerwehr wurde alarmirt und die Mannschaften des 4. Bataillons des 81. Inf.-Reg. aus der nahen Frankenstein-Kaserne waren eiligst zur Stelle und griffen wieder ein. Inzwischen hatten die unverletzt gebliebenen Möllerschen Arbeiter die meisten ihrer verschütteten Kameraden bereits geteilt, unter der Beihilfe anderer Bauarbeiter an den benachbarten Baustellen. Auch ärztliche Hilfe und einige Kräfte von der freiwilligen Rettungsgesellschaft standen sofort zur Verfügung und legten die ersten Verbände an, dann schaffte man die schwerer Verwundeten, sechs an der Zahl, in das Heiliggeist-Spital. Todt wurde nur einer, der Maurer Fischer I, mit eingebrühtem Brustkorb aus den Trümmern hervorgezogen, ein lediger Mann, ansangs der Dreißiger. Ein anderer Arbeiter wurde noch vernimt, doch kann man zur Stunde nicht angeben, ob er noch in den Trümmern begraben ist, oder ob er vielleicht doch entkommen ist und sich entfernt hat. Seine Kollegen haben ihn im Augenblick des Unfalls nicht mehr gesehen. Der Bauunternehmer Jödel und der Polier Möller wurden verhaftet und vom Platze weg zur gerichtlichen Vernehmung vorgeführt.

Die Zahl der Arbeitslosen in England schätzt das Arbeiterorgan „Justice“ auf rund eine Million. — Dasselbe Blatt berichtet, daß im vergangenen Jahre in Londoner Schulen 140 000 Wahlgelerten an arme Kinder unentgeltlich abgegeben wurden. Für viele Kinder bedeutete das freie Mittagessen das erste Essen überhaupt. Bei 50 000 Kindern, die in Frage kommen, so meint obiges Blatt, hat die durch private Hilfe ausgebrachte Wohlthat nur recht geringe Bedeutung. Das meinen wir allerdings auch.

Gewerkchaftliches.

Wegen Lohndifferenzen ist der Jung von Hornern von der Gießerei Franz Hahn in Willkau bei Zwickau ferngehalten.

Die Antwerpener Bäckergefelln forderten in einer am zweiten Weihnachtstages abgehaltenen Versammlung die Einführung eines Minimallohnes und des Maximalarbeitstages. Weitere Versammlungen werden abgehalten werden.

Großer Weberstreik in Roanne. Man schreibt uns aus Paris: In Roanne (Loire-Departement), dessen Bevölkerung hauptsächlich aus Textil- Arbeitern besteht, haben die Weber, deren Zahl im Minimum 7000 beträgt, die Arbeit eingestellt. Die Schuld liegt einzig und allein an den Fabrikanten, die sich weigerten, mit der Weber-Gewerkschaft in Verhandlung zu treten, trotzdem selbst der Unterpräfekt vermittelnd eingegriffen suchte. In erster Linie handelt es sich in diesem Streite allerdings um die Löhne, die in letzterer Zeit durch die Profitgier einzelner Fabrikanten allgemein zu wahren Hungerlöhnen herabgedrückt wurden. Hat nämlich ein Fabrikant für diesen oder jenen der vielen Weberartikel den Lohn herabgedrückt, beileiten sich gleich die anderen, und sei es auch nur, um sich die Konkurrenz vom Halbe zu schaffen, dasselbe zu thun. Um nun dem zu begegnen, beschloß die Webergewerkschaft einen einheitlichen Tarif auszuarbeiten, den sie nach seiner Fertigstellung den Fabrikanten unterbreiteten. Da mit ihnen aber kein Verständniß zu erzielen war, legten die Weber eben die Arbeit nieder und sind dadurch an 10 000 Arbeiter vom Streik befreit. Bei dem Vorgehen der Fabrikanten muß hier in Erinnerung gebracht werden, daß sie zur Zeit, als die Posttarife ausgearbeitet wurden, Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um für ihre Artikel besonders hohe Zölle eingeführt zu sehen. Damals mühte der Arbeiter für die Fabrikanten petitioniren, und nun diese ihres hohen Profits sicher waren, gingen sie an die Lohnrückerei, deren Resultat eben dieser Streik ist.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“. Köln, 27. Dezember. Der Schauspieler Franz Ludwig, Sohn des Hof-Schauspielers Maximilian Ludwig, wurde heute von der Strafkammer des Landesgerichts zu Köln auf grund der Gutachten der Professoren Mendel-Berlin und Pelmann Bonn freigesprochen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) Kopenhagen, 27. Dezember. Die Vereinigte Dampfschiff-Gesellschaft in Kopenhagen erhielt heute ein Telegramm, wonach ihr Dampfer „Alexander III.“ Sonntag Vormittag in der Nordsee gänzlich verunglückt ist. Der Kapitän und 5 Mann sind gerettet; das Schicksal der übrigen 16 oder 17 Personen, die sich an Bord befanden, ist unbekannt.

London, 27. Dezember. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Namurum vom 26. d. Mts. ist eine Abtheilung, welche abgeschickt war, um die Posten der Mahjud-Baziris zu zerstören, gestern Abend nach einem Schermüßel mit dem Feinde dorthin zurückgekehrt. Zwei englische Offiziere und vier eingeborene Sappente wurden verwundet; die Verluste des Feindes sind unbekannt. Eine detachirte Abtheilung hatte ebenfalls ein Zusammentreffen mit dem Feinde, über welches nähere Mittheilungen fehlen.

(Depeschen-Bureau Herold.) München, 27. Dezember. Beim hiesigen Infanterie-Regiment erkrankten 49 Mann an Scharlach, in 83 Fällen ist die Erkrankung eine leichtere.

Leipzig, 27. Dezember. Der akademische Verein wurde auf Veranlassung der Stadtballerei aufgelöst, weil derselbe den Ruf zur Veranstaltung einer Nationalfeier zur Erinnerung an die dritte Theilung Polens unterstützte und empfahlen hatte.

Paris, 27. Dezember. Der gesetzlich gerichtliche Verkauf des Pariser Eigenthums von Cornelius Herz hat einen Ertrag von 1 348 000 Franken ergeben, welcher der Liquidationsmasse der Panama-Gesellschaft überwiesen worden ist.

London, 27. Dezember. Die „Times“ melden aus Madagaskar, daß trotz der scharfen Ueberwachung der französischen Schiffe doch der englische Kapitän Ehrmann landen konnte. Der Kapitän, welcher den Oberbefehl über die Truppen der Howas übernehmen soll, wurde mit großen Feierlichkeiten empfangen.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Boykottirtes Bier liefern:

- Brauerei Carlshöhe, Friedrich Reichentron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wilsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Mathenower Exportbrauerei, Niederlage, Joh. May, Dammhards, N.W., Hannoverstr. 18a, Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Heuter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strassberg, Niederlage Brauerei Louisestadt, Alte Jakobstraße 9.
- Sonnen-Brauerei, Vellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Tanz, Freienwalde a. D., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spielmann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marthen, Vellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.
- Grünauer Exportier-Brauerei, S. Siemens u. Co., Grünau, Provinz Brandenburg.

Boykottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

- Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Pagenhofer, Berlin.
- Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
- Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
- Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Bodbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Berliner Union-Brauerei, Berlin.
- Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
- Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
- Brauerei Julius Böhm, Berlin.
- Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
- Brauerei Gambrius, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
- Brauerei Carl Gregory, Berlin.
- Brauerei F. Gappoldt, Berlin.
- Brauerei Königstadt, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Brauerei Pfefferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
- Brauerei A. Werm, Berlin.
- Bürgerliche Brauerei, Berlin.
- Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
- C. Gabel's Brauerei, Berlin.
- Gebrüder Jost, Berlin.
- Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Schultze's Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
- desgl. Abth. II Tivoli.
- Brauerei Schweizergarten, Berlin.
- Spandauerberg-Brauerei, vorm. C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg.
- Vereinsbrauerei Rixdorf.
- Versuchs- und Lehrbrauerei, Berlin.
- Viktoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Germania-Brauerei, David u. Martin, Berlin.
- Brauerei Stralau.

Der Arbeitsnachweis des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend.

Mehrfachen Wünschen entsprechend, veröffentlichen wir nachstehend den in unserer letzten Nummer erwähnten Arbeitsnachweis des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend.

§ 1. Für die Arbeitnehmer, welche in den zum Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend gehörigen Brauereien Beschäftigung suchen, wird ein Arbeitsnachweis unter nachfolgenden Bestimmungen errichtet.

§ 2. Der Arbeitsnachweis untersteht einem Kuratorium, welches aus vier Arbeitgebern, zwei Brauergesellen und zwei anderen Arbeitnehmern gebildet wird. Den Vorsitz im Kuratorium führt ein Obmann bezw. dessen Stellvertreter, welcher von dem Kuratorium mit Stimmenmehrheit auf je drei Jahre gewählt wird.

Der Obmann bezw. dessen Stellvertreter darf weder zur Kategorie der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer gehören.

Das Kuratorium ernennt den Leiter des Arbeitsnachweises, welcher gleichzeitig weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf. Das Kuratorium fungiert zugleich als Schiedsgericht in Fällen des § 6.

§ 3. Arbeitnehmer, welche in einer zum Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend gehörigen Brauerei Beschäftigung suchen, werden gegen eine Gebühr von 20 Pfennigen in die Listen des Arbeitsnachweises eingeschrieben. Zu diesem Zweck haben sie sich im Bureau des Arbeitsnachweises bei dem Leiter desselben persönlich zu melden.

Die Eintragung in die Listen des Arbeitsnachweises geschieht ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung in der Reihenfolge der An-

meldung und bei gleichzeitiger Anmeldung in alphabetischer Ordnung.

Bei der Anmeldung im Arbeitsnachweis hat ein jeder Arbeitnehmer seine Wohnung anzugeben und bei etwaigem Wechsel die neue Wohnung sofort anzuzeigen.

Arbeitnehmer, welche für bestimmte Arten von Beschäftigung eingeschrieben werden wollen, müssen ihre Befähigung dem Leiter des Arbeitsnachweises in der vom Kuratorium festzusetzenden Art nachweisen. Brauer, Böttcher, Schloffer und sonstige gelernte Arbeiter haben ihre Befähigung durch ein Zeugnis nachzuweisen.

§ 4. Der in die Listen eingetragene Arbeitnehmer erhält eine Karte, auf welcher der Tag der Meldung vermerkt ist. Diese Karte dient gleichzeitig als Kontrollkarte und muß mindestens innerhalb 8 Tagen einmal dem Leiter des Arbeitsnachweises vorgelegt werden. Dieser hat den Tag der jedesmaligen Meldung abzustempeln. Die Unterlassung der regelmäßigen Vorlage hat die Streichung in den Listen zur Folge.

In den Listen des Arbeitsnachweises werden ferner gestrichen: Brauergesellen, welche in einer Brauerei und sonstige Arbeitnehmer, welche in einer ihrer Berufsarten entsprechenden Weise dauernde Beschäftigung gefunden haben. Als dauernde Beschäftigung gilt nicht, wenn der Arbeitgeber den betreffenden Arbeitnehmer nur zu vorübergehender Beschäftigung verlangt oder angestellt hat und die Dauer der vorübergehenden Beschäftigung zwei Wochen nicht überschreitet.

§ 5. Sobald der Betriebsleiter einer Brauerei Arbeitnehmer einzustellen wünscht, hat er dies dem Arbeitsnachweis anzuzeigen. Die eingeschriebenen Arbeitnehmer werden nach der Reihenfolge der Eintragungen in die Listen des Arbeitsnachweises und der eingegangenen Nachfragen den Brauereien zugesandt.

Den Brauereien steht das Recht der freien Auswahl unter den in den Arbeitsnachweis eingetragenen Arbeitnehmern zu. Andererseits sind die Arbeitnehmer berechtigt, die Annahme einer Anstellung in dem Betriebe, dem sie vom Leiter des Arbeitsnachweises zugewiesen werden, abzulehnen, ohne ihr Rangrecht in der Reihenfolge zu verlieren.

§ 6. Die Brauereien sind nicht verpflichtet, bei Nicht-einstellung von Bewerbern diesen Gründe für die Ablehnung anzugeben. Jedoch soll die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung bezw. die Thätigkeit für eine der vorgedachten Organisationen den Brauereien keinen Grund zur Ablehnung geben.

Auf Verlangen eines Arbeitnehmers, welcher angibt, daß er wegen seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung, bezw. wegen seiner Thätigkeit für eine der vorgedachten Organisationen jurisdiktionell ist, tritt das Schiedsgericht in Funktion. Das Schiedsgericht ist berechtigt, von dem Arbeitgeber Angabe des Grundes für die Nichtanstellung zu verlangen. Weigert sich der Arbeitgeber, diesem Verlangen zu entsprechen, so gilt derselbe als beweiskräftig. Das Schiedsgericht entscheidet nach freiem Ermessen, ob die Behauptung des betreffenden Arbeitnehmers zutrifft. Der Entscheidung des Schiedsgerichts unterwerfen sich beide Theile.

Die Anrufung des Schiedsgerichts ist nicht mehr zulässig, wenn seit dem Tage der Ablehnung der Einstellung eine Frist von mehr als zwei Wochen verfloßen ist.

§ 7. Arbeitnehmer, welche sich innerhalb vierundzwanzig Stunden nach Ausstellung der Karte (§ 4) bei der ihnen vom Arbeitsnachweis aufgegebenen Arbeitsstelle weder gemeldet noch dem Leiter des Arbeitsnachweises angezeigt haben, daß sie die Annahme der Stellung ablehnen, verlieren ihr derzeitiges Rangrecht in der Reihenfolge.

§ 8. I. Arbeitnehmer, welche wegen Betriebsbeschränkung, Besuch einer Brauerschule, Krankheit oder militärischer Uebung entlassen oder ausgeschieden sind, können innerhalb der dem Ausschreibungstage folgenden vier Monate von dem früheren Arbeitgeber ohne Benutzung des Arbeitsnachweises wieder eingestellt werden.

II. Jede Brauerei hat das Recht, im Laufe eines Betriebsjahres ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eine Anzahl von Arbeitnehmern einzustellen. Diese Anzahl wird nach dem Personalbestande des unmittelbar vorhergehenden Betriebsjahres berechnet und beträgt:

- a) bei Brauereien, welche weniger als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt haben, auf je fünf Arbeitnehmer ein Arbeitnehmer;
- b) bei Brauereien, welche mehr als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt haben, auf die ersten zwanzig vier Arbeitnehmer und für jede weiter beschäftigten zehn Arbeitnehmer je ein Arbeitnehmer;
- c) bei Brauereien, welche mehr als hundert Arbeitnehmer beschäftigt haben, für die ersten hundert Arbeitnehmer zwölf Arbeitnehmer und für jede folgenden zwanzig Arbeitnehmer je ein Arbeitnehmer.

III. Wenn für einen zu besetzenden Posten geeignete Bewerber nicht vorhanden sind, oder falls auf Verlangen einer Brauerei innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Aufforderung die verlangte Anzahl von Bewerbern seitens des Arbeitsnachweises nicht entendet wird, ist die betreffende Brauerei zur Einstellung von Arbeitnehmern ohne Benutzung des Arbeitsnachweises berechtigt.

IV. Tagelöhner, welche nur zu vorübergehender Beschäftigung wie zum Eisenbringen und Schneeschaukeln verlangt werden, können ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt werden.

§ 9. Jeder Arbeitnehmer, welcher in den Fällen des § 8 Ziffer I und II ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt wird, hat an den letzteren eine einmalige Gebühr zu entrichten. Diese Gebühr beträgt für Brauergesellen 6 M., für die übrigen Arbeitnehmer 3 M. Von der Zahlung der Gebühr sind diejenigen Arbeitnehmer befreit, welche krankheitshalber oder wegen militärischer Uebung ihre Stellung aufgeben mußten.

Die auf Grund vorstehender Bestimmung und durch Einschreibegeld (§ 3 Abs. 1) eingehenden Beträge werden nach freiem Ermessen des Kuratoriums zur Unterstüßung hilfsbedürftiger Arbeitnehmer des Brauereigewerbes verwendet.

§ 10. Die Wahlen der Mitglieder des Kuratoriums finden unter Leitung des Obmannes bezw. dessen Stellvertreters in der Weise statt, daß die Arbeitgeber, die Brauergesellen und die sonstigen Arbeitnehmer von dem Obmann zur Vornahme der Wahlen gemäß § 2 Abs. 1 in getrennten Versammlungen berufen werden.

Zur Theilnahme an den Wahlversammlungen der Arbeitnehmer sind nur diejenigen Arbeitnehmer berechtigt, welche in den zum Arbeitsnachweis gehörigen Brauereien in Arbeit stehen. Im übrigen steht das Kuratorium die erforderlichen Modalitäten für die Wahlen fest.

Für jedes Mitglied des Kuratoriums ist zu seiner Vertretung im Behinderungsfall je ein erster und ein zweiter Ersatzmann aus derselben Kategorie zu wählen. Die Wahlperiode der Mit-

glieder des Kuratoriums und ihrer Ersatzmänner ist zwei Jahre und läuft vom Schluß derjenigen Wahlversammlung, in welcher die Wahl stattgefunden hat, bis zum Schluß der entsprechenden Wahlversammlung im nächstfolgenden zweiten Jahre.

Für die Wahlversammlungen, welche vor Ernennung eines Obmannes erforderlich sind, werden die Funktionen des Obmannes bezw. des Kuratoriums von einem Beauftragten des Vereins der Brauereien Berlins und der Umgegend ausgeübt. Unmittelbar nach der Wahl der Mitglieder des Kuratoriums treten diese zur Wahl eines Obmannes und eines Stellvertreters zusammen.

§ 11. Das Kuratorium ist beschlußfähig, sofern alle Mitglieder vom Obmann bezw. dessen Stellvertreter eingeladen und wenigstens vier Mitglieder bezw. Ersatzmänner, darunter zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer und der Obmann bezw. sein Stellvertreter erschienen sind. Mitglieder welche am Erscheinen verhindert sind, sind verpflichtet, ihre Ersatzmänner zu benachrichtigen.

Das Kuratorium beschließt in allen Fällen mit einfacher Stimmenmehrheit, jedoch mit der Maßgabe, daß stets ebenso viel Arbeitgeber wie Arbeitnehmer an der Abstimmung theilnehmen müssen.

Der Obmann bezw. dessen Stellvertreter enthält sich der Abstimmung, ausgenommen bei Stimmengleichheit, in welchem Falle seine Stimme den Ausschlag giebt.

§ 12. Der Beschlußfassung des Kuratoriums unterliegen außer den Fällen der §§ 3, 6 und 9 nur Angelegenheiten, welche die Verwaltung des Arbeitsnachweises oder dessen Rassenführung betreffen.

§ 13. Alle den Arbeitsnachweis betreffenden Bekanntmachungen, insbesondere die Einladungen zu den Wahlversammlungen, erfolgen, soweit sie die Arbeitgeber betreffen, durch Rundschreiben, und soweit sie die Arbeitnehmer betreffen, durch Aushang in den Betriebsstätten.

§ 14. Die Kosten der Unterhaltung des Arbeitsnachweises werden vom Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend bestritten.

Berlin, den 24. Dezember 1894.

Tokales.

Die juristische Sprechstunde wird heute von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends abgehalten.

„Stiefkind Kunsthandwerk“. Die Leser der gut manchesterlichen „Berliner Zeitung“ wurden vor einigen Tagen sattfam überrascht durch einen Artikel, der vorstehende Ueberschrift trug. In diesem Raisonement wurde urplötzlich für die bisher als sozialistisch verhöhte und allerdings früher auch nur von den sozialdemokratischen Stadtverordneten erhobene Forderung Propaganda gemacht, daß die Stadt bei Vergebung städtischer Arbeiten darauf Rücksicht nehmen solle, was für Arbeiter die Unternehmung beschäftigen. In dem freisinnigen Blatt, das noch im letzten Sommer nicht genug über die „übermäßig gewordenen“ Brauereiarbeiter herziehen konnte, und das kein Wort des Tadels dafür hatte, daß die Brauereibesitzer hiesige steuerzahlende Arbeiter außer Brot setzten, und dafür fremde Arbeitskräfte heranzogen, in demselben Blatt war am letzten Sonnabend die sehr vernünftige Ansicht vertreten, daß es durchaus nicht im Interesse der Stadt liege, mit Unternehmern zu arbeiten, die zur Erhöhung ihres Profites billige Arbeitskräfte aus Polen, Oberschlesien und ähnlichen, von der Kultur vernachlässigten Gegenden herbeilockten, Leute, welche nach beendeter Arbeit vomöglichst der städtischen Armenpflege zur Last fallen.“

Woher dieser Wandel in den bislang manchesterlichen und „antiformalistischen“ Anschauungen? Das Kunsthandwerk hat es der „Berliner Zeitung“ angethan.

Vor Kurzem, so hieß es in dem Blatt weiter, sind im Berliner Rathhause vier Figuren aufgestellt, die an Berliner Künstler vergeben waren. Diese Figuren sind, wie wir hören, in dem Marmorwerk zu Paris in Tivol nach den Modellen der Künstler hergestellt worden. Das Berliner Bildhauergewerk ist dabei ebenso leer ausgegangen, wie z. B. bei den vom Staat bestellten Carlshöhe- und Kaiser Wilhelm- und Kaiserin Auguste, die in Massa-Carrara hergestellt werden. Die Kunstfertigkeit unserer Berliner Bildhauer erfreut sich keines geringeren Rufes wie der Tyroler und Italiener, aber freilich, so billig wie diese können sie nicht arbeiten; sie sind durch ihre ganze Ausbildung an eine andere Lebenshaltung gewöhnt und betreiben ihre Kunst auch nicht so fabrikmäßig, wie dies in Paris der Fall ist. Die Berliner Bildhauer haben unter der Noth der Zeit schwer zu leiden, die Arbeitslosigkeit ist auch unter ihnen sehr groß, sie erfüllen gleichwohl ihre Pflicht gegen Staat und Gemeinde so gut es geht; um so eher glauben sie darauf Anspruch zu haben, daß, wenn die Stadt Ausgaben an künstlerischen Zwecken sich gestattet, sie dafür Sorge trägt, daß das Berliner Kunstgewerbe nicht leer ausgeht und die Herren Künstler verpflichtet werden, die erforderlichen technischen Arbeiten in Berlin durch Berliner herzustellen zu lassen.“

So die „Berliner Zeitung“.

Nun würden die hiesigen Bildhauer gewiß lieber Statuen der Freiheit meißeln, als Bildwerke, die das Andenken des verstorbenen Preußenkönigs mit der Unteroffiziersseele ehren sollen, aber Hunger thut weh und völlig recht haben die Kunsthandwerker, eigentlich auch nach patriotischem Begriffe, wenn sie fordern, daß das Geld der Steuerzahler, wenn irgend möglich, auch den Steuerzahlern wieder zu gute komme.

Und was den Berliner Magistrat betrifft, so muß es allerdings Kopfschütteln erregen, daß dieselbe Behörde, die öffentlich die fremden Arbeiter vor Juzug warnt, es hinwieder ruhigen Gemüths mit ansieht, daß die aus dem Kunstbauhof der Stadt entnommenen Gelder der Steuerzahler Renten zugewendet werden, die in einer Tyroler Fabrik die zur Ausschmückung des Treppenhauses im Rathhaus bestimmten Marmorfiguren herstellen lassen — und das einzig des Profits willen.

Allerdings mag sich der Magistrat mit berühmten Mustern entschuldigen. Nach einer früher angestellten Untersuchung mußte seitens des zuständigen Ministeriums konstatiert werden, daß neun Zehntel aller öffentlichen Steinbildhauer-Arbeiten im Auslande hergestellt werden. Alles Petitionären um Abänderung dieses, doch vom „nationalen“ Standpunkt aus beschämenden Zustandes, half nichts. Selbst das Abgeordnetenhaus versuchte am 12. Januar 1884 in dieser Frage ein Wortlein mitzureden — vergebens. Der in den Steinbrüchen von Carrara bei Palenta aufgewachsene Italiener bekam die deutsche Arbeit, weil er bei langer Arbeitszeit, schändlich niedrigen Löhnen und unter Anwendung einer höchst einseitig-virtuosen Technik bedeutend billiger arbeitete, als es der deutsche Bildhauer im Inlande konnte, der die Akademie oder die Kunstschule besuchen mußte und sich allerdings auch eine 7 1/2-stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn

von 6 M. erobert hatte. War es doch selbstverständlich auch nicht selten, daß der Bruder Italiener ins deutsche Land kam und bei passender Gelegenheit den Streikbrecher spielte. Dagegen mußten die deutschen Bildhauer erfahren, wie schwer es war, den an eine niedrigere Lebenshaltung gewöhnten Italienern Solidaritäts- und Klassenbewußtsein beizubringen.

Man begreift, daß unter diesen Umständen auch die Mathausarbeiten von Italienern verrichtet wurden.

Allerdings hatte dies Städt. Internationalismus bei unseren in Worten so engbergig-patriotischen Künstlern einen kleinen Krach als Nachspiel. Es war sowohl Herrn Oberbürgermeister Jelle als auch den betreffenden Bauverwaltern schon recht peinlich, als vor gut vierzehn Tagen in ihrer Gegenwart die aus Tyrol kommenden Riesen auf dem Platz des Herrn Wimmel geöffnet wurden und die dort beschäftigten Bildhauer gerade keine lebenswichtigen Mäde von ihrer „Sechsbreiter-Arbeit“ auf die Marmorfiguren warfen. Als dann bei der Aufstellung im Rathhause der Bildhauer die letzte Zeile anlegte und die Stützen von den Figuren entfernte, war deutlich Herr Bauverwalter Stankenschein's Unzufriedenheit über die — gelinde gesagt — Unschärfe zu vernehmen. Nach einer längeren Debatte kam es unter dem beschließenden Kollegium zu dem Beschluß, die „Bärner“ stehen zu lassen, da es ja im Treppenhaus halb dunkel sei!

Es wurde, um etwas zu thun, von unverdächtiger Seite ein ziemlich scharf gehaltener Bericht in die „Berliner Zeitung“ lanciert, der allerdings in recht verflämelter Gestalt herauskam.

In nächster Zeit ist eine beträchtliche Menge Steinbildhauerarbeit in Berlin zu vergeben.

Es wird geplant, zwölf Marmorfiguren an der berühmten Stätte der Büchsenarbeit, im weißen Saale des königlichen Schlosses herzustellen.

Desgleichen sollen zwölf Marmorfiguren in der Kirchbachstraße stehen.

Ferner soll die große Figur der Spree im Hof des Rathhauses hergerichtet werden.

Die Berliner Steinbildhauer fragen sich: Werden unsere Patrioten und patriotischen Beschützer der nationalen Arbeit auch diese Werke nach gutdeutschem Ausbentebrauch im Ausland herstellen lassen?

Die Vorstandswahl des Wahlvereins für den 6. Wahlkreis findet wegen der heute Abend tagenden Boykottversammlungen nicht statt.

Ein Fortschritt, der in den häßlichen Krankenhäusern bezüglich der Ernährungsweise gemacht worden ist, wird in dem neuesten Medizinalbericht des hiesigen Krankenhauses am Friedrichshain rühmend hervorgehoben. Danach wurde früher sowohl an die Kranken, wie an das Wartepersonal Margarine anstatt Butter verabreicht. Darin ist eine Aenderung eingetreten. Auf Anordnung des Magistrats wird jetzt allen Insassen des Hospitals, nicht nur wie früher den Ärzten und Viktoria-Schwämmern, zum Essen Naturbutter gegeben. Margarine kommt nur noch in geringen Mengen als Kochbutter zur Verwendung. Auch darin sollte eine Aenderung eintreten, schon wegen der Abneigung, die erklärlicherweise bei vielen Kranken gegen dies Fett vorhanden ist. Merkwürdig bleibt, daß man überhaupt auf den Gedanken kommen konnte, Kranke und Krankenwärter mit Margarine abzuspeisen.

Die Arbeiter in den königlichen Musterwerkstätten zu Spandau haben schon mehrfach in ihrem Organ, dem „Vorwärts“, Beispiele dafür anzuführen müssen, wie ihre Direktion das Recht der Arbeiter interpretiert. Bei verschiedenen Gelegenheiten, zu denen die Arbeiter ihre Ansichten beauftragt hatten, nachdrücklich und pflichtgemäß dem Willen der Gesamtheit Ausdruck zu verleihen, mußten diese Arbeiterausschüsse schließlich ihren Mandatanten die Botschaft bringen, daß sie beim Versuch, ihre Pflichten auszuüben, gründlich zu der Ueberzeugung von ihrer relativen Worthlosigkeit gekommen seien, daß sie als Arbeiterausschüsse vielmehr bitten und wünschen könnten, daß im übrigen aber souverän die Direktion bestimme.

Hatten sich die Arbeiter der Musterwerkstätten in Betrachtung dieser ihrer offiziellen Vertretungskörper dumpfer Resignation ergeben, so dachten sie bislang wenigstens in ihren Krankenkassen ihren Willen zum Ausdruck bringen und dem nach ihrer Ansicht in aller Form Rechtens zum Ausdruck gebrachten Willen auch Geltung verschaffen zu können. Mühten sie doch, was ihr Statut befogte.

Aber auch über die Bedeutung der Direktion in Kasernenangelegenheiten wurde den Arbeitern der Musterwerkstätten vor kurzem ein recht helles Talglicht aufgedeckt.

Züngel war in der Fabrik-Krankenkasse der Artillerie-Werkstatt die Neuwahl des Kasernenarztes notwendig geworden. Die Stimmung der Arbeiter war nun dem bisherigen Vertreter des alten Arztes, einem Herrn Dr. Schmetter, günstig. Dagegen empfahl die Direktion einen andern Bewerber, und um diese Empfehlung ihres rein platonischen Charakters zu entkleiden, waren einige Meister mit Geschäftigkeit dabei, für den Mann der Direktion Stimmung zu machen.

Es braucht wohl kaum erst erwähnt zu werden, daß die Arbeiter den Mann der Direktion mit Glang durchfallen ließen. Hatten sie doch über den Herrn kaum etwas anderes erfahren, als daß er — Lieutenant der Reserve sei. In der Generalversammlung vom 13. Dezember fielen von 64 abgegebenen Stimmen auf Herrn Dr. Schmetter 42, auf den Kandidaten der Direktion 12 und auf einen dritten Bewerber 10 Stimmen. Da nach dem Statut einfache Stimmenmehrheit entscheidet, so war Herr Dr. Schmetter gewählt. Das Protokoll wurde aufgeführt und unterschrieben und die beteiligten Ärzte wurden von dem Resultat der Abstimmung in Kenntis gesetzt.

Aber der Arbeiter in den Musterwerkstätten wählt und die Direktion der Musterwerkstätten — wählt ebenfalls. Nach Verkauf weniger Tage überraschte die Direktion die Arbeiter mit der Mittheilung, daß das protokollierte Wahlergebnis unrichtig sei.

Nach § 33 (Abschn. 14) des Kasernenstatuts führt jeder Vertreter der Kasernenmitglieder eine Stimme, der Vertreter der Direktion (nach dem Wortlaut des Statuts) aber für je dreißig versicherungspflichtige Kasernenmitglieder eine Stimme, höchstens jedoch ein Drittel sämtlicher Stimmen, d. h. die Hälfte der zur Generalversammlung gewählten Vertreter.

Die Direktion nimmt nun diese, wie sie meint, ihr zustehende volle Hälfte, also 32 der insgesamt abgegebenen Stimmen (64) für sich in Anspruch und erklärt ihren Kandidaten für gewählt, indem sie für ihn abgegebenen 12 Stimmen ihre 32 hinzuzählt und somit 44 Stimmen für den Herrn herausrechnet.

Die Arbeiter sind aber der Meinung, daß nach § 33, Abschn. 14, bei 672 Kasernenmitgliedern der Direktion nicht 32, sondern nur (672:30) 22 Stimmen zustehen und daß demzufolge ihr Protokoll vollständig zu Recht besteht.

Aus bekannten Gründen meinen die Arbeiter aber gleichfalls, daß eine Aufhebung gegen die Auslegung, welche die Direktion souverän dem § 33 des Statuts gegeben, ohne Erfolg sein wird und daß ihnen daher nichts anderes übrig bleibt, als im „Vorwärts“ eine Geschichte zu erzählen, wie Arbeiter in Musterwerkstätten zu einem Kasernenarzt kommen.

Der Kampf gegen die Freireligiöse Gemeinde. Gehrt's nicht auf die Weise, denkt das Provinzial-Schulkollegium, so geht's vielleicht auf andere Weise. Dem Sprecher der Gemeinde ist bei Androhung von 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis die Abhaltung von weiteren Sonntagsgemeinsamkeiten untersagt. Der Polizeipräsident hat begutachtet, daß Dr. Wille in seinen Vorträgen, durch welche die Grundsätze der Gemeinde erläutert werden, Stellen aus seinen früher beim Kinderunterricht

im Gebrauch gewesenem Lehrbücher zitiert hat, was als — eine Fortsetzung des Unterrichts angesehen wird! Dr. W. soll — man denke — den Mitgliedern, welche mit ihren Kindern regelmäßig die Sonntagsvorlesung besuchen, das Nachlesen von Bruchstücken aus seinen Büchern empfohlen haben. Vom Vorstande der Gemeinde ist sofort Beschwerde erhoben. Es wird überbaupt bestritten, daß in der letzten Zeit Dr. Wille Plakate aus seinen Büchern gebraucht habe. Die Vorträge werden selbstverständlich nicht eingestrichen werden; man wird es auf weitere Maßregeln des Provinzial-Schulkollegiums ankommen lassen.

Es giebt noch Dichter. Nimmer ist er erschöpft, der Born deutscher Poesie und in den kranigsten Zeiten, wo die Edelsten und Besten sich selbst im Reichthum nur selten ein wenig abquälen, der heiteren Lebenslust auf die Weine zu heßen, wo Krankstümmer, Schloßjunker und Pfaffen Webe und dreimal Webe schreien über den modernen Gottseibeiuns Sozialdemokratie, der da sucht wen er verschlinge und der sein gutes Haar läßt an Allen, was dem in diesen drei Typen verkörperten deutschen Volke hoch und theuer ist — selbst in diesen elenden Zeiten rankt die halbvergessene deutsche Dichtkunst wader fort im häßlich bemalten Porzellankontop. Und frager Ihr, von wannen er kommt, der tapfere Mann, der ungeschent die blane Wunderblume pflegt, so werdet Ihr wieder hoch erkant sein, wenn Ihr vernehmet, daß er nicht daher ländelt aus dem Reiche der Fee Morgana, nicht aus Scheherezadens myrrhendustendem Gebiete und auch nicht aus den traumverlorenen Wäldern der deutschen Heimat. Erstlebt nur nach, Ihr Thoren und nimmer werdet Ihr ertathen, von wannen er kam und weß Ursprungs er und seine Muse ist, die hoch und hehr zu schauen. Denn wisset, sie kommt von fern daher geschritten aus Thranland und ihr Führer ist der Edelsten und Besten einer aus der Reihe der Edelsten und Besten und er heißt Philipp Graf zu Gulemburg.

Höre, deutsches Volk, wie ein so berufenes Blatt, wie die „Post“ des nächstern Herrn von Stamm über den großen Stalben vorchriftsmäßig in Entzäden geräth:

Stalbenesänge. Dichtungen von Philipp Graf zu Gulemburg. Mit Illustrationen von Prof. Otto Seib. Quartformat. Braunschweig, George Westermann. In Prachtband.

Jährlich widmet Kaiser Wilhelm II. seine sommerliche Erholungszeit einer Nordlandsfahrt, und schließlich gehört Graf Philipp zu Gulemburg, der jetzige Botschafter in Wien, zu seinen Reisegefährten. Seit der „Sang an Regir“ veröffentlicht ist, weiß man auch in weitesten Kreisen, daß bei diesen Nordlandsfahrten Kunst und Poesie gepflegt werden und die Gestalten der germanischen Vorzeit wieder aufleben. Der Meistersänger dieser nordischen Kaiserfahrten, Graf zu Gulemburg, hat deren poetische Früchte in einer Sammlung der Öffentlichkeit übergeben und damit die deutsche Dichtung um eine sehr wertvolle Gabe bereichert. . . . Und so weiter geht mit Grazie der freiberlich von Stamm'sche Entzäden und sein Ende findet der Lobehymnus in folgenden trostreichen Worten: Der Stalbe kann guten Muthes sein, denn seine Löne werden in deutschen Herzen dauernd Nachklang werden.

Und, so fügen wir hinzu, hoffentlich doch auch für ihr Theil dem Umsturz den Garaus machen.

Die Urania-Filiale in der Taubenstraße ist nunmehr durch Vertragsabschluss mit Herrn Baumeister Walter Hensel geschlossen. Auf dem nach Abbruch der alten Gebäude 48 und 49 gegenwärtig freiliegenden Terrain, nahe der Kanonierstraßen-Ecke wird ein prachtvolles neues Gebäude errichtet, für welches der oben genannte Architekt, welcher zugleich Besitzer des Grundstücks ist, die Pläne bereits hergestellt hat. Das nach allen Regeln modernster Baukunst zu errichtende „Wissenschaftliche Theater“ wird nahezu noch einmal so groß werden, als der Raum in dem Moabiter Mutter-Institut, und etwa 600 Personen fassen. Die sich zu beiden Seiten anschließenden „Physikale“ werden gleichfalls etwa den doppelten Umfang der alten besitzen und sollen auch in ihrem Inhalt bedeutend erweitert werden, so daß die neue Schauspielstätte ein vollkommenes Abbild des Kosmos in seinen großen Umfassen darstellen wird. Dagegen soll im alten Institut die Sternwarte nach wie vor verbleiben und die Bühne speziell für Experimentavorträge, für welche im allgemeinen der alte Zuschauerraum sich als ausreichend erwiesen hat, besonders umgestaltet werden. Das alte Institut wird also die von den wissenschaftlichen Mitarbeitern bisher selbst gehaltenen, auf einer etwas höheren Stufe der Belehrung stehenden Vorträge in noch vollkommenerer Weise wie bisher entwickeln, während in der Taubenstraße der dekorativ angelegte Vortrag herrschen und noch wesentlich reiner und hechter gestaltet werden soll. Man hofft bereits im Herbst oder Winter des nächsten Jahres das neue Institut eröffnen zu können.

Das Rauseln der Pferdebahnwagen bei Frostwetter. Die Frage, warum bei scharfem Frostwetter es in einem fahrenden Pferdebahnwagen so furchtbar rassel, klappert und klirrt, beschäftigt jüngst die Polytechnische Gesellschaft in Berlin. Herr Weilmeyer vermutete, daß die einzelnen Theile im Wagen nicht so fest in einander gefügt seien, wie sie es sein sollten, namentlich die Scheiben. Es sei wahrscheinlich sehr dünnes Glas in den Scheiben und das komme in eine schwingende Bewegung. Bei Eisenbahnen habe man das Geräusch größtentheils dadurch beseitigt, daß man dicke Scheiben, Spiegelscheiben, genommen und fest eingeseht habe, indem man sie zwischen Luchstreifen einstemmte. Herr Direktor Hoffmann meinte, das Geräusch würde auch im Eisenbahnwagen zu bemerken sein, wenn nicht ein schwacher Gummistreifen in den Falz zwischen Scheibe und Holz gelegt wäre. In derselben Weise würden auch die Pferdebahnen das Geräusch beseitigen können; es würde das keine große Ausgabe sein.

Die kausche Tante. In einem Feuilleton über die Hofhaltung des Kaisers von China, das die „Vossische Zeitung“ aus der Feder des Schriftstellers v. Hesse-Wartegg bringt, findet sich folgende beunruhigende Aufklärung:

Am interessantesten sind unzweifelhaft die Befugnisse der vierten Abtheilung, die sich mit dem Harem des Kaisers befaßt. Die Beamten dieser Abtheilung sind selbstverständlich der großen Mehrzahl nach Eunuchen. (Zum besseren Verständnis für Damen mag hier angeführt werden, daß Eunuchen eine Art Kammerherren, aber ohne dem Abzeichen dieser Würde, den Schlüssel, sind.) Sie bleiben ihr Lebenlang unverheiratet (!) und lassen sich nicht einmal auf Liebesabenteuer (!) ein.

Die Theaterzensur. Ein Stück, das vor mehr als hundert Jahren unbekannt in Berlin aufgeführt wurde, ist nunmehr von der Zensur verboten worden. Es wird uns darüber geschrieben: Ein jüngerer Schriftsteller, Max Halpern, hat eingehende Studien über die vorläufige Periode der „Stürmer und Dränger“ gemacht und unter anderem das tragisch-epische Drama Heinrich Leopold Wagner's „Die Kindermörderin“ für die moderne Bühne bearbeitet. Er wußte den Direktor einer hiesigen Bühne für das Stück zu interessieren und bereits im nächsten Monat sollte eine Aufführung des Dramas im „National-Theater“ stattfinden. Diese literarische Ausgrabung würde jedenfalls die literarische Kreise interessieren haben. Die Polizeibehörde hat indes das Stück, welches im Jahre 1772 in Frankfurt a. M. und 1777 in Berlin ungehindert zur Aufführung kam, aus ordnungs- und sittenpolizeilichen Gründen verboten.

Zum Todtschlag in Plönssee. Auch in dieser Sache scheint der Polizei kein besonders glücklicher Stern zu strahlen. In der Ziegler'schen Todtschlagsache sind jetzt hundert Mark Belohnung aufgesetzt worden, nachdem es trotz aller Mühe bisher nicht gelungen ist, den 30 Jahre alten Schiffer Otto Erpel, den 19-jährigen Richard Erpel und den Franz Meiser dingfest

zu machen. Die Belohnung wird auch dann gewährt, wenn auch nur einer der Gefuchten gefast wird. Die Behörde hält es für möglich, daß sich die drei Personen in der Umgebung Berlins verborgen halten und hat daher die Nachforschungen auch auf alle hier und in der Umgebung anfindenden Fahrzeuge ausgedehnt.

Das Gerücht von einem Morde, der in dem Hause Waldstr. 35 an einem Schuttmann verübt sein sollte, durchliefte am ersten Weihnachtstage den Stadttheil Moabit. Das Gerücht, das durch das Aufsuchen der Leiche eines Polizeibeamten entstanden war, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Der Sachverhalt ist folgender: Als der in der Waldenstr. 20 wohnende Fabrikarbeiter August Sydla am ersten Feiertage nachmittags gegen 6 Uhr die Maschinenfabrik von Behold u. Co., Waldstr. 35, betrat, sah er sich plötzlich der Leiche des Schuttmanns Traugott Rudolph (Nr. 371) gegenüber. Wie ermittelt worden ist, hatte der 44 Jahre alte, in demselben Hause wohnende Beamte bereits gegen 19 Uhr früh seine Familie verlassen und war von diesem Augenblicke an verschwunden. Da neben der Leiche sich eine Mattenfalle befand, so ist es nicht unmöglich, daß Rudolph diese hat aufstellen wollen und dabei vom Schlag getroffen worden ist. Neuere Verletzungen wurden an der Leiche nicht bemerkt. Zur Klärung der Angelegenheit ist die Leiche dem Schauhause überwiesen worden.

Bei einem großen Raub, den halbwüchsige Burschen in der Nacht zum Mittwoch auf dem Stoppelpfad ausführten, erhielt einer der einschreitenden Schulkleute einen Messerstich in den linken Unterarm. Später ist etwa ein halbes Duzend der Beteiligten festgenommen worden; ob sich aber der Messerstecher darunter befindet, ist bisher nicht bekannt geworden.

Im Zirkus Renz wurde kürzlich der Reiter Billiams von einem Pferde bei der Dressur derart ins Gesicht geschlagen, daß er nach der Klinik in der Ziegelstraße gebracht werden mußte.

Hunde in Wirthshäusern bilden einen Uebelstand, auf dessen Beseitigung allseitig hingewirkt werden sollte, und zwar nicht bloß wegen der unangenehmen Eigenschaften der Thiere, sondern auch wegen ihrer Gefährlichkeit. In Nachstehendem ein neues Beispiel dafür: Am ersten Feiertage hatten die Arbeiter Germerdorfschen Eheleute, Kottbuser Ufer 62a, ihr siebenjähriges Töchterchen Elise in ein Wirthshaus der Brandenburgerstraße mitgenommen, wo auch der Inhaber einer Plättanbahn aus der Reichenbergerstraße mit einem großen Hunde anwesend war. Man gab dem Hunde Bier, und Elise Germerdorfs halle den Napf genommen, um ihn von Neuem zu füllen. Da sprang das Thier auf das kleine Mädchen zu und biß es in die Wange. Das Kind streckte zur Abwehr die rechte Hand vor und erlitt auch darin noch mehrere Bisswunden. Der Hundebesitzer, der das Thier von dem Maulkorb befreit hatte, wird nun zwar eine Strafe insofern erleiden, als er die Kosten tragen und außerdem der Polizei den Nachweis erbringen muß, daß der Hund mit Tollwuth nicht befallen ist. Das kann aber nicht für jeden Fall und namentlich dann nicht für ausreichend erachtet werden, wenn ernstere und dauernde Nachtheile eintreten.

Lebendig verbrannt ist am Sonnabend Abend die 61 Jahre alte Ehefrau eines Oberlehrers Kr. in Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 5 wohnhaft. Als die Frau ihre Küche betrat, brach sie durch die Dichtung und fiel mit dem Unterkörper in ein Flammenmeer. Ohne daß es jemand bemerkt hatte, war ein Feuer unter dem Fußboden der Küche entstanden, welches zwischen der Decke der unteren Etage und der Dichtung der Küche so zerstörend gewirkt hatte, daß die Tüfelung Frau Kr. nicht mehr tragen konnte. Die Frau, welche durch ihren Sohn aus ihrer entsetzlichen Lage befreit wurde, ist bereits infolge der erlittenen Brandwunden gestorben.

Der Weihnachtverkehr auf der Eisenbahn soll diesmal ein ganz überraschend schwacher gewesen sein. Die ankommenden Züge brachten nur sehr wenige Fremde nach Berlin sowohl am heiligen Abend wie an den beiden Feiertagen, während die abfahrenden Züge, wie beispielsweise der am ersten Feiertag nach Bremen gehende, ganz ohne Passagiere, der um 12 Uhr 7 Minuten nach Köln-Paris gehende Schnellzug mit 8 Passagieren, abdampften.

Geistesgestörtheit eines Arztes. Ein Hirdorfer Arzt Dr. Schw., bei dem sich seit kurzem Spuren von Geistesgestörtheit zeigten, ist nach einer vorgenommenen Untersuchung in eine Heilanstalt überführt worden. Der Arzt hat sich durch übermäßigen Morphiumgenuss zu Grunde gerichtet.

Witterungsübersicht vom 27. Dezember 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf 0. Meterep.	Windrichtung	Windstärke (Stalo 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius, in ° F.)
Swinemünde . . .	765	WSW	4	halb bedekt	3
Hamburg	769	W	2	heiter	3
Berlin	766	W	2	bedekt	4
Wiesbaden	771	SW	0	bedekt	0
München	772	WS	4	bedekt	-7
Wien	770	W	3	bedekt	-1
Laparanda	781	SW	0	heiter	-10
Petersburg	744	W	3	wolkenlos	1
Cort	785	WSW	3	heiter	5
Aberdeen	775	WS	5	wolfig	4
Paris	774	WS	2	bedekt	6

Wetter-Prognose für Freitag, 28. Dezember 1894. Etwas kälteres, zeitweise heiteres, vielfach wolfiges Wetter mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Theater.

Adolph Ernst-Theater. „Ein fideles Korps“, große Gesangsposse mit Tanz, nach dem englischen „A gaiety girl“ von Jonas Sidney frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Ren.

Zola weist in Rana anschaulich darauf hin, daß in einem unfreien Lande Ayracht und Patriotismus einander ergänzen. Die Kourtsanen höheren und selbst niederen Ranges sind in diesem Sittenroman alle scharfe Verehrerinnen des herrschenden Systems, und von der Stätte, wo die geistlosest Privatität unter dem Gemüth der Ordnungsfähigen ihr Spiel treibt, schallt es auch von Lobesfängen auf das Heer und von hurrapatriotischen Redomontaden wider. In diese so lebenswahren Schilderungen des großen Franzosen mußten wir am ersten Feiertag im Adolph Ernst-Theater denken, als die Gesangsposse „Ein fideles Korps“ ihre Premiere erlebte. Handlung war nicht in ihr, oder wenigstens nicht so viel, daß sie nicht in zehn Minuten hätte bequem heruntergehaptet werden können. Aber der Wangel an Inhalt wurde überreich durch einige Länze von vollendetester Lakzivilität und durch patriotische Ereignisse ersetzt. Es machte sich wunderhüßlich, wie eine Grottesk-Länzerin den säftigsten Kanton zum besten gab und wie gleich darauf ein Herr, der einen preussischen Reservelieutenant vorstellte, ein Lied sang, in dem die deutsche Fahne als — nun man rathe — als Palladium unserer Freiheit (!) gepriesen wurde. Diese Sorte Patriotismus schien selbst dem Festtagsspublikum nicht recht zu behagen, denn als der Morbbsang zu Ende war, erklang zwar kein Rischen, aber die Klaque war doch bei dieser Gelegenheit am isolirtesten. Aber auch sonst war das neue Stück an Geschmackslosigkeit auffallend reich; die Direktion hat sich anscheinend selber übertrumpfen wollen. Man denke sich

19. folgende Szene: Eine arme Tänzerin, die trotz ihres Verfalls und trotz aller Anfechtung reinen Herzens bleibt, wird als Besitzerin eines Brillantkammes verdächtigt, der seiner wirklichen Eigentümerin bei einem galanten Abenteuer solche Ungelegenheiten gebracht hat, daß sich ein Ehecheidungsprozeß aus ihm entwickelte. Im zweiten Akt findet sich eine Festschloß, die sich vorher im Brunnenwald amüßte hatte, aus unerfindlichen Gründen komplett an der Riviera wieder. Der wirklichen Eigentümerin belagerten Kammeres thut es leid, daß eine Schuldlose schmählich verdächtigt worden, und um ihrer Reue Ausdruck zu geben, singt sie zum Schrecken des Publikums, das bislang nichts, als den geistlosesten Blödsinn gehört hatte, ein schmachtvolles Lied: "Sonnenschein nah." Verständnißvoll knarrt dazu die elektrische Vogenlampe.

Während man die Berliner Hälfte des Stücks hingehen ließ und sogar durch Beifallsstößen ehrte, wurde der noch blödsinnigere italienische Theil denn doch so wacker aufgeführt, daß sich schließlich auf viele glückliche Tage rechnen läßt.

Gespielt wurde in dem Stück, das bei der Ueberarbeitung aus dem Englischen scheinlich verunstaltet sein muß, mit der vollen Verbe, die dem Personal des Adolph Ernst-Theaters eigen. Die Damen Schläfer und Fischer, die Herren Hoyer, Weiß, Klein, Habedank und Kettner suchten so gewandt wie möglich zu retten, was zu retten ging. Leider folgte die berühmte weibliche Staffage des Adolph Ernst-Theaters wieder entsetzlich verständnißlos den Vorgängen auf der Bühne.

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß der in unserer letzten Nummer genannte Expeditions-Vorsteher des "Vokal-Anzeiger" nicht Wollin, sondern Wolny heißt.

In der Angelegenheit der Ober-Feuerwerkerschüler schreibt die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Durch die Blätter laufen verschiedene Mittheilungen über das Ergebnis der in Magdeburg gegen Böglinge der Ober-Feuerwerkerschule geführten militärgerichtlichen Untersuchung. Wir enthalten uns, diese unbegründeten Mittheilungen zu verzeichnen, da, wie wir hören, die Bekanntgabe des Untersuchungsergebnisses in kurzer Zeit bevorsteht.

Einen heitern Beigeschmack hat ein eigenartiger Fall von Störung des Gottesdienstes, der kürzlich nach der "Juristischen Wochenschrift" das Reichsgericht beschäftigt hat. In einer Dorfkirche war die Empore für eine bestimmte Art der Kirchenbesucher reservirt. Eines Sonntags sah der Herr Pastor, als er vor dem Altar stand, daß mehrere unbefugte Personen auf der Empore Platz genommen hatten. Er richtete an dieselben die Aufforderung, den Platz zu verlassen, widrigenfalls er sie herunterholen würde. Die Aufgeforderten leisteten keine Folge, worauf der Prediger sich vom Altar weg in Begleitung des Schulzen nach der Empore begab, wo der Letztere die Aufforderung wiederholte, der nun auch Folge gegeben wurde. Die betreffenden Personen wurden wegen Störung des Gottesdienstes unter Anklage gestellt und von der ersten Instanz auch verurtheilt. Auf die eingelegte Revision hob das Reichsgericht das erste Urtheil auf unter folgender Begründung: Nach den Feststellungen der Strafkammer sind es die Handlungen des Pfarrers, bezw. des Schulzen, die die Störungen des Gottesdienstes verursacht haben, nicht an und für sich unmittelbar die Thatfache, daß die Angeklagten ungehöriger Weise die Plätze auf der Empore eingenommen haben. Zwischen der Handlung der Angeklagten und den erwähnten Handlungen des Pfarrers und des Schulzen besteht kein Zusammenhang im rechtlichen Sinne dergestalt, daß die Angeklagten strafrechtlich verantwortlich wären für den Erfolg, den die Handlungen des Pfarrers und des Schulzen hervorgerufen haben, denn die letzteren haben hierbei kraft eigener freier Willensentscheidung gehandelt, sie waren nicht genöthigt, das zu thun, was sie vorgenommen haben, und die Angeklagten haben durch ihr Benehmen nicht die Art dieses Handelns bestimmt und hervorgerufen. Die Angeklagten sind somit unter Aufhebung des ersten Urtheils freizusprechen.

Erkautführungen von Theaterstücken haben, wenn nicht vertragsmäßig ausdrücklich andere Bestimmungen festgesetzt sind, nicht in einer Vormittags-, sondern in einer Abendvorstellung stattzufinden. In einem Streitfalle eines Autors mit einem Theaterdirektor hat das Reichsgericht diesen Grundsatz als allgemeinen Theatergebrauch festgestellt. In dem betr. Streitfalle hatte der Kläger gegen die Erkautführung eines Stückes an einem Sonntag Vormittag Widerspruch erhoben, und der Theaterdirektor hatte daraufhin die Aufführung ganz unterlassen. Das Reichsgericht hat den Widerspruch des Klägers als berechtigt anerkannt und demgemäß den Theaterdirektor verurtheilt, dem Kläger den aus dem Unterbleiben der Vorstellung erwachsenen Schaden zu ersetzen.

Wie ein sächsischer Richter die Jugend zu bessern sucht. Der Amtsrichter Dr. Veder, den wir in letzter Nummer unserer Lesern als Waldschlösschen-Aktionär und Sozialistenverurtheiler vorführten, hat vor einigen Tagen ebenfalls ein Urtheil ausgesprochen, das zur Charakteristik unseres Richterthandes von zweifelloser Bedeutung ist und einen eminent agitatoren Werth in sich schließt.

Unser Dresdener Partei-Organ, die "Sächs. Arb.-Ztg.", schreibt über den Fall:

Wie wir am Sonnabend schon kurz berichteten, wurde vor dem hiesigen Schöffengericht ein Urtheil gefällt, welches geeignet ist, allortorts Erstaunen und Schrecken zu erregen. Drei Schulknaben, Starke, Hempel und Hausbälter, betrahen die Anklagebank, um sich wegen mehrerer kleiner Diebstähle zu verantworten. Sie waren in Kramläden gegangen und hatten da zu verschiedenen Malen kleine Spielereien und kleine Geldbeträge entwendet. Die Verhandlung warf ein tieftrauriges Bild auf die Erziehungs- und Lebensweise dieser jungen Proletarier. Von frühesten Jugend an sind sie infolge des Umstandes, daß die Eltern den Tag über arbeiten müssen, sich ganz allein überlassen und es ist daher kein Wunder, wenn sie nach und nach verwaehrslos wurden. Die Jungen taugten auch in der Schule nichts und wenn sie einmal Strafe zu erwarten hatten, so kamen sie ein paar Tage nicht nach Hause und nächstigen im Freien. Starke war früher schon einmal in der Besserungsanstalt Marienhof untergebracht, diese Erziehung konnte aber nicht dazu beitragen, daß der unglückliche Knabe einen anderen Lebenswandel einschlug. Fürwahr, es war ein überaus trauriges Bild, was sich da entrollte. Ein Schuldirektor wurde als Leumundstzeuge vernommen, dieser sagte nun das denkbar Ungünstigste für den Jungen aus. Der Amtsanwalt, Kommissionsrath Wimmer, erklärte, daß den Knaben gegenüber das Gesetz in voller Strenge zur Anwendung kommen müsse, damit sie wieder auf die richtige Bahn gebracht würden. Dieser Ansicht schloß sich das Gericht auch zur Gänze an und verurtheilte den Starke zu zwei Jahren, Hempel zu neun Monaten und Hausbälter zu sechs Monaten Gefängnis. In der Urtheilsbegründung betonte der Amtsrichter Dr. Veder, daß das Urtheil um deswillen so hoch ausgefallen sei, weil man angenommen habe, daß nur durch eine harte Strafe die Kinder wieder auf die Bahn des Rechts gebracht werden könnten!!!! Bei Verurteilung des Urtheils fiel der im Zuhörerraum anwesende Vater des einen Knaben in Ohnmacht. Amtsrichter Veder ordnete an, daß die Knaben einzeln abgeführt werden mußten. Sehr richtig meint die "Arbeiter-Zeitung", daß mit dieser überaus harten Strafe nun und nimmermehr erreicht werden kann, die Kinder auf die Bahn des Rechts zu bringen. Im Gegentheil, die Knaben verlieren nunmehr noch den letzten Funken Ehrgefühl, sie werden nunmehr erst recht zu Verbrechern werden.

Versammlungen.

Die ausgesperrten Brauereiarbeiter und Böttcher waren gestern in Rieff's Salon, Weberstraße, versammelt, um einen Vortrag des Genossen Singer zu hören, der über die Bedingungen, unter denen die Aufhebung des Boykotts den heute Abend stattfindenden Volksversammlungen empfohlen wird, referirte. Der Redner verlas den von dem Verein der Brauereien beschlossenen Arbeitsnachweis und gab eine Darstellung des Verlaufs des Boykotts und der bisher ergebnislos verlaufenen Verhandlungen mit den Ringbrauereien. Zur Schilderung der letzten Verhandlungen übergehend theilte Singer die Entstehungsgeschichte des Schiedsgerichts - Paragraphe im Arbeitsnachweis mit, besprach eingehend die von uns am Dienstag veröffentlichten sieben Zusicherungen des Vereins und führte aus, daß nach Lage der Verhältnisse die Aufhebung des Boykotts im Interesse der Brauerei-Arbeiter liege, welche dadurch eher wieder in Arbeit kommen würden, als bei Fortführung des Boykotts. Wenn auch nach Ansicht des Redners nicht von einem vollen Siege der Arbeiter gesprochen werden könne, so bedeute ein unter solchen Bedingungen erfolgter Abschluß des Boykotts einen durchaus ehrenvollen Vergleich, dessen sich die Arbeiter wahrlich nicht zu schämen brauchen. Die Wiedereinstellung der 33 Arbeitnehmer, welche die Vereinsbrauereien früher nicht wieder in ihre Betriebe aufnehmen wollten, sowie die Zusicherung, daß bei aus Anlaß der Einstellung der Mälzerei nothwendig werden Entlassungen nicht in erster Linie die nach Beendigung des Boykotts eingestellten Arbeiter ausgestellt werden, seien werthvolle Zugeständnisse an die Arbeiter. Auch die Vetheiligung der Gemahregelten an den Wahlen für das Kuratorium des Arbeitsnachweises sei ein nicht zu unterschätzendes Moment für die Anerkennung des an den Arbeitern begangenen Unrechts, und die Bestimmung des Arbeitsnachweises, wonach die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsorganisation, sowie die Thätigkeit für dieselben keinen Grund für die Nichternennung von Arbeitern bilden dürfe, sei ein sozialpolitischer Erfolg von erheblicher Tragweite.

Der Versuch, alle am 15. und 16. Mai d. J. entlassenen Arbeiter sofort wieder in Arbeit zu bringen, sei an dem bestimmten Widerstande der Brauereien und an den tatsächlichen Verhältnissen gescheitert. Die Boykottkommission und eine größere Anzahl Genossen, die mit der Angelegenheit befaßt gewesen sind, hätten sich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, auf Grund dieser Zusicherungen den Volksversammlungen die Aufhebung des Boykotts zu empfehlen. Der Referent bittet die ausgesperrten Arbeiter auch in Rücksicht auf die in gegenwärtiger Situation mehr als je nothwendige politische Agitation, den auf Aufhebung des Boykotts gerichteten Bestrebungen keinen Widerstand entgegenzusetzen und schließt seinen Vortrag, indem er die Versammelten auffordert, alles anzubieten, um die Organisation der Brauereiarbeiter zu kräftigen, denn nur eine starke Arbeiterorganisation vermöge Errungenes festzuhalten und neue Verluste zu erobern. Die Berliner Arbeiterschaft werde die nach Beendigung des Boykotts noch arbeitslos bleibenden Brauereiarbeiter und Böttcher nicht verlassen.

In der an das Referat anschließenden langen Diskussion, an der sich eine größere Anzahl der ausgesperrten Arbeiter betheiligten, traten die meisten Redner dem Referenten entgegen. Die gemachten Zusicherungen hätten, so wurde ausgeführt, keine Bedeutung. Die ausgesperrten kämen doch nicht wieder in die Vereinsbetriebe. Nach gemachten Erfahrungen dürfe man kein großes Vertrauen in die lokale Ausführung der Bedingungen setzen. Die anscheinend arbeitsfreundlichen Bestimmungen des Arbeitsnachweises würden nur auf dem Papier stehen bleiben, praktisch aber nicht durchgeführt werden. Am meisten wurde die Bestimmung des Arbeitsnachweises, nach welcher den Brauereien frei steht, einen bestimmten Prozentsatz von Arbeitern ohne Benützung des Arbeitsnachweises einzustellen, bekämpft. Diese Bestimmung mache den ganzen Arbeitsnachweis und die Vortheile des Schiedsgerichts illusorisch. Letztere Auffassung zeitigte einen Antrag des Genossen Schneider, nach welchem die Boykottkommission beauftragt werden sollte, dem Verein der Brauereien den Vorschlag zu machen, diesen Prozentsatz auf die Hälfte herabzusetzen. Im Ablehnungsfalle sollte der Boykott fortgesetzt werden. Einige Redner traten gegen die gar zu pessimistische Auffassung der Bedingungen auf, und führten aus, daß das eigene Interesse die Vereinsbrauereien veranlassen werde, die Versprechungen loyal auszuführen, und daß bei Beendigung des Boykotts bald bessere Zustände für die Aussperrten eintreten würden, während bei der Fortführung des Boykotts dies nicht der Fall sein könnte. Nach Schluß der allgemeinen Diskussion wurden die eingegangenen Anträge verhandelt.

Genosse Schneider begründete seinen Antrag auf Herabsetzung des Prozentsatzes.

Singer besprach die Ablehnung des Antrages, weil die Boykottkommission nicht in der Lage sei, neue Verhandlungen anzuknüpfen, sondern an den getroffenen Abmachungen festhalten müsse. Falls der Boykott aufgehoben würde, könne man später den hoffentlich nicht ausschließlichen Versuch machen, in Verhandlungen mit dem Verein den Prozentsatz niedriger zu bringen, denn Herr Köfke habe sich nicht abgeneigt erklärt, für die großen Betriebe eine Herabsetzung eintreten zu lassen. Zeit aber müssen die Arbeitervertreter ihr Wort halten und könnten einen solchen Auftrag der Versammlung nicht zur Ausführung übernehmen.

Was die Befürchtung, die Brauereien würden die Zusicherungen nicht loyal ausführen, anlangt, so theilte er, Redner, diese Auffassung nicht. Im übrigen gebe es Mittel und Wege, derartigen Gefahren einen Riegel vorzuschieben.

Den Brauereien müsse und werde daran liegen, den mühsam errungenen Friedenszustand nicht durch unlogisches Auftreten wieder zu stören.

Hieraus wurde der Antrag Schneider gegen wenige Stimmen abgelehnt. Ein anderer Antrag Steiner, der eine sachliche und friedliche Verhandlung über die Mängel des Arbeitsnachweises mit dem Verein durch eine Kommission von drei Mitglidern andahnen wollte, wurde ebenfalls als zur Zeit gegenstandslos abgelehnt. Der Antrag, welcher den Wunsch nach Veröffentlichung des Arbeitsnachweises aussprach, wurde angenommen.

Mit einem begeisterten Hoch auf die Solidarität der Arbeiter wurde die in musterhafter Ruhe und Ordnung verlaufene vierstündige Versammlung geschlossen. —

In einer öffentlichen Musikinstrumentenarbeiter-Versammlung, die am 27. Dezember in Deigmüller's Salon stattfand, hielt Genosse Kohler zunächst einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: "Das Werkzeug als Kulturträger". Hieraus erfolgte die Berichterstattung über den gegenwärtigen Lohnkampf. Ein Streik, der acht Tage vor dem Fest in der Pianofabrik von Kunze, Blumenstraße 70, auszubrechen drohte und bei welchem circa zwanzig Arbeiter in Frage kamen, ist noch in letzter Stunde durch Vermittelung der Lohnkommission verhütet worden. Der Fabrikant entschloß sich, die Forderungen seiner Arbeiter: 1. Wiedereinstellung eines wegen Verweigerung von Ueberstunden-Arbeit Gemahregelten, 2. Abschaffung der Ueberstunden-Arbeit und 3. die Zulassung, innerhalb der ersten 6 Wochen keine Entlassungen wegen dieses Zwischenfalles vorzunehmen, anzuerkennen. — Bezüglich des Streiks bei Görs und Kallman wurde berichtet und durch die Diskussionsredner bestätigt, daß die Situation eine für die (85) Streikenden sehr günstige ist. Brauchbare, bezw. geliebte Klavierarbeiter an die Plätze ihrer früheren Arbeiter zu erhalten, ist den Fabrikanten noch nicht gelungen. Die Fabrik gleiche einem Laubenschlag; die Streikbrecher, welche mit Wochenlöhnen von 15 bis 21 M. abgespeist werden, wechseln täglich und stündlich und manchem sei anzusehen,

daß er nur aus bitterster Noth dort Arbeit nehme, um bald wieder als unbrauchbar auf's Pfaster geworfen zu werden.

Falls genügend Unterstützungsgelder einlaufen — es werden wöchentlich 1900 M. gebraucht — ist der Sieg der Streikenden unaussprechlich. Andere Gewerkschaften, z. B. die Töpfer, haben, nach Sanktionierung des Streiks durch die Berliner Gewerkschaftskommission, sofort größere Summen an die Lohnkommission gelangen lassen. Demzufolge wurde auch einem Antrage: die Unterstützungen in der bisherigen Höhe weiter auszuführen, die vollste Zustimmung zu theil.

Eingelaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Weidestraße 2). In beziehen durch alle Zeitungs-Expediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungs-Expediteure pro Quartal 1,50 M. Preisband 1,50 M.

Die Nr. 48 vom 27. Dezember hat folgenden Inhalt: Wochenchau. — "Interessen" und "Gebote". — Der Kampf um die Bonhoner Volksschule. II. Parteinarbeiten.

Die geschichtete Preisland-Expedition. — Die belgischen Arbeiter-Organisationen. II. — Einfluß der Krisen und der Steigerung der Lebensmittelpreise auf das Gesellschaftsleben. — Zur wirthschaftlichen Lage des deutschen Staates. — Handlungsgehilfen-Bewegung in Deutschland. — Gewerkschaftliches. — Parteinarbeiten. — Wie man uns behandelt. — Tobentische.

Wessen Coaster? Novelle von Helene Gardener, übersetzt von Hanna Bieder-Wöhm; Berlin, Verlag von Jentzsch u. Leskon; 116 Seiten, Preis 2 M.

Ein Wort der Entgegnung von J. E. Oberfeld, Druck u. Verlag von Gruppe; 24 Seiten, Preis 15 Pf.

Anleitung für Gemeinden zur Neuordnung des Gemeinde-Abgabensystems von H. v. Kompff; Berlin, Verlag von Debes; 87 Seiten, Preis 1,25 M.

Vermischtes.

Ueber ein bedeutendes Eisenbahnunglück giebt das Betriebsamt Baderborn folgendes bekannt:

In der Nacht vom 24. zum 25. d. M. gegen 11 1/2 Uhr stießen auf der eingleisigen Strecke Garfshagen-Bodemelde der Bahn Oltberg-Northeim zwischen beiden erwähnten Stationen die Güterzüge 825 und 832 im Bahnhofs-Tunnel zusammen. Der Packmeister des Zuges 825 wurde getödtet, der Lokomotivführer und der Heizer des gleichen Zuges, sowie der Packmeister des Zuges 832 schwer, 6 andere Beamte leicht verletzt. In Vertriebsmitteln wurden beschädigt beide Maschinen und 23 Wagen. Der Durchgangsverkehr ist auf voraussichtlich zwei Tage gesperrt und wird über Holzminden-Kreienfen geleitet. Der Unfall ist durch Verstoß gegen die telegraphischen Weidungen zur Sicherung des Zugverkehrs veranlaßt. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet.

Ueber den Sturm am Sonnabend und Sonntag wird aus Amsterdams noch gemeldet: Der in Rotterdam angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Gulden geschätzt. Von 135 Schiffen in Scheveningen sind 25 verloren und 50 schwer beschädigt; der entstandene Schaden beträgt 208.000 Gulden. Die nach England gehenden Telegraphenkabel in Zandvoort, welche gewöhnlich 2 Meter tief unter dem Sande liegen, sind gänzlich bloßgelegt. In der Gegend von Brielle ist eine große Menge Vieh ertrunken. Die Insel Marken in der Zuider-See ist vollständig überschwemmt. Infolge eines Dammbrechens an der Yssel bei Haastrecht stürzte die Lokomotive einer Dampf-Teamway mit dem Maschinenführer und dem Heizer in den Fluß; beide wurden mit schweren Brandwunden nach dem Krankenhaus gebracht. Von der Bemannung der deutschen Bark "Caroline", welche bei Egmond scheiterte, sind 10 Personen ertrunken. Im ganzen Lande sind die Wasserschäden sehr beträchtlich, jedoch sind sehr wenig Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Am Sonnabend Morgen scheiterte bei Boobjerg, an der jütischen Küste, der norwegische Dampfer "Stanley". 12 Personen ertranken, nachdem sie sich 24 Stunden bei dem stürmischen Wetter in einem Boot aufgehalten hatten. Eine Person rettete sich durch Schwimmen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde wird heute von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends abgehalten.

J. V. in St. Das Werk kostet beim Buchhändler 100 M., doch wird es Ihnen von den meisten Antiquaren bei Baarzahlung ganz bedeutend billiger geliefert.

Witzburg. Besten Dank im Namen der hiesigen Parteigenossen.

R. F. 60. Kommen Sie mit dem Testament in unsere juristische Sprechstunde.

A. J., Kolberg. Ohne Vorlegung des gesammten Materials lassen sich Ihre Fragen nicht beantworten.

A. E. No. 6. Das ist nicht möglich, da der Mann Sie wegen Beleidigung belangen könnte.

G. M. Die Suaheli sind ein afrikanischer Volksstamm an der Küste von Sansibar.

Vuchendorf. Vielleicht ist es Ihnen möglich, mit uns die Angelegenheit auf der Redaktion zu besprechen.

Baum. Legien ist 1893 zuerst zum Abgeordneten für Kiel gewählt worden.

A. H. 113. Empfehlungen von Rechtsanwälten geben wir nicht im Briefkasten. Sprechen Sie event. auf der Redaktion vor.

Niederkauff. Die Polizei hat dazu das Recht, sie ist nur dazu nicht verpflichtet.

H. M. E. Ihre Bedenken sind unserer Ansicht nach unbegründet. Ihr Statut besagt nichts über die Bedingungen, unter welchen der Ausschluß erfolgen muß, und so weit sind wir trotz alledem auch noch nicht, daß Polizei und Staatsanwalt zu dem Ausschluß eines Vereinsmitgliedes ihren Senf zu geben haben.

N. 1000 Charlottenburg. Darüber erkundigen Sie sich am besten bei der Polizei.

G. W. 17 Charlottenburg. Wenn ausdrücklich auf die Kündigungskritik verzichtet ist, steht solche auch nicht zu.

A. J. 111. Es ist ein Antrag an die Verusgenossenschaft zu richten.

A. E. Wenden Sie sich wieder an uns, wenn etwas gegen Sie geschrieben ist.

A. J. Sie müssen den Sachverhalt genauer angeben.

R. C. Die Frage ist nicht verständlich.

A. E. 100. Nein.

A. W. 26. Zu 1: Nein. Zu 2: Ja.

A. E. 1000. Versuchen Sie zuerst das Geld in Güte wieder zu erhalten. Andernfalls müssen Sie klagen.

Nr. 46 B. W. Ja.

500. Wenn er einen Verlust durch die Versammlung gehabt hat, ja.

A. W. 600. Nach Ihren Angaben dürfte es gerathener sein, Sie nehmen vor dem Termine den Antrag zurück.

Briefkasten der Expedition.

A. Vichel. Uns ist eine derartige Adresse nicht bekannt.

Für die ausgesperrten Brauer gingen ferner ein: Lohnklaven einer Mustersabrik Spandau, 4. Rate, 12. —

S. C. W. 370. Eine Weihnachtsspende von einigen Studateuren und Bildhauern 11,90. Sichel 1. —. Von den Malern der Werkstatt H. Neubau Friedr. 240/241, durch 2. 6,55. Gesangverein Kornblume, Amerikanische Auktion 1. Weihn. Feiertag 3,10. Rauchkauer Ranon II 2. —. Ueberfrisch vom ring. ein Bier. Spandauerstraße 30, 2. Hof, 23. Woche, 3,60. Bierproj. 7. 8. Rate, von den Arbeitern von Voigt u. Greiner, Alte Jalousiestraße 20,

8.65. Amerik. Kult. einer Preßklohe bei Wiedemann durch
 H. Boigt 7.—, Ueberfluß von der Matinee der Ethischen
 Gesellschaft 12.—, Von S. C. durch d. Kassirer d. Eth. Gesell-
 schaft 3.—, Bierprocente von Arbeitern der Fabrik
 Löwe u. Komp., Martinienstraße, 8. Rate, 17.75. — Straf-
 gelder einer Vorstandssitzung der Orts-Krankenkasse der Schub-
 macher 3.65. Böttcher-Werkführer durch Lange 3.50.
 Hilfsarbeiter der M. Wading'schen Offizin, Abtheilung Vorwärts
 10.—, Bierprocente, Marktgrafenstr. 88, 3.—, Unter uns 5.—,

Schönebeck a. d. Elbe 7.—, Punschklasse Nr. und Genossen 7.70.
 Von den Formern Riels 15.—, Für die Kinder der ausgesperrten
 Brauer zur Weihnachtsgescheerung aus B. Borchardt's Fabrik,
 Ritterstr., 4. Rate 8.05, 2 Schlafkurtschen a. d. Mathienstr. 1.—,
 Buchbinder, Lindenstraße, 6.90. L. M., Buchdrucker, 1.60. Tape-
 zier-Werkstatt von Platom u. Priemer 10.—, Schneider-Werkstatt
 G. Cohn, 7. Rate 9.—, Fabrik Schäfer u. Hausner, Dreherei,
 5.—, Gef. bei Wrasse, Ruppinerstr. 36, durch Köfner 3.40.
 Arbeiter Löwe und Söhne, Wasserthorstr. 50, 20.—, Gef. Wert-

statt Alte Jakobstr. 78, 6. Rate 1.15, Gefangv. Tonblütze 3.—,
 Arbeiter von D. Lundershausen 5.25, Von Porzellan-
 drechern von Schornburg (Moabit), dritte Rate 6.—,
 Bei einer fideles Hochzeit amerik. Kult., Veteranenstr. 20, 3.—,
 „Pinnakel“ 5.10, Vom Statthalter Eintracht, zweites Stiftungsfest,
 amerik. Auktion 8.25, Glaser (Zahlstelle Berlin) 10.—, Bier-
 procente von Bräu'schen Biertrinkern b. C. Deitens 10.30,
 Summa 261,10 M. Bereits quittirt 1290,47; in Summa
 1551,57 M.

Für den Inhalt der Inserate über-
 nimmt die Redaktion dem Publikum
 gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Freitag, den 28. Dez.
Opernhaus. Lannhäuser und der
 Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Galati. Die stille
 Wache.
Deutsches Theater. Die Katakomben.
Leistung-Theater. Ghismonda.
Berliner Theater. Der Kompanon.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Orpheus.
Residenz-Theater. Der Unter-
 präsekt. Vorher: Villa Bielliechen.
Schiller-Theater. Krieg im Frieden.
Neues Theater. Der kleine Mann.
Theater Unter den Linden. Boccaccio.
Sollaliance-Theater. Die Ga-
 loschen des Glücks.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles
 Corps.
Alexanderplatz-Theater. Ein
 Märchen. Vorher: Die Bucherer
 von Berlin.
National-Theater. Undine, die
 Fürstin der Wellen.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-
 Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Wallner-Theaterstrasse.
 Freitag, den 28. Dezember, Abends
 8 Uhr: Krieg im Frieden.
 Sonnabend, 29. Dezember, Abends
 8 Uhr: Prinz Friedrich von
 Homburg.
 Sonntag, den 30. Dezember, Nach-
 mittags 3 Uhr: Das Meer und
 der liebe Willen. Abends 8 Uhr:
 Krieg im Frieden.
 Montag, den 31. Dezember, Abends
 8 Uhr: Das heisse Eisen. Der
 fahrende Schiller im Paradies.
 Der Doktor mit der großen
 Nase. Der Bauer im Fegen-
 feuer. Faschingsspiele von Hans
 Sachs. Zum Schluss: Die Burg-
 ruine.

Adolph Ernst-Theater
 Zum 4. Male:
Ein fideles Corps.
 Große Gesangsposse mit Tanz. Nach
 dem englischen „A Safety Girl“ von
 Jonas Sidon, frei bearbeitet von
 Eduard Jacobson und Jean Kren.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
 Alte Jakobstraße Nr. 30.
 Emil Thomas a. G.
 Anna Bäckers. Josefina Dora.
 Freitag:
O, diese Berliner!
 Große Posse mit Gesang und Tanz
 in 6 Bildern von Julius Freund.
 Musik von Julius Eindehoffer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen:
O, diese Berliner!

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 182.
Undine, die Fürstin der Wellen.
 Großes Ausstattungstück mit Gesang
 und einem Vorspiel von Wollheim.
 Neu bearbeitet von Dr. Ed. Jacob-
 sohn. Musik von G. Michaelis.
 Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Abonnementsbillets, täglich gültig,
 sind zu haben in den Zahlstellen der
 Freien Volksbühne.

Armin-Hallen
 Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
 von 20-600 Personen.
 Sonntag, den 6. Januar 1895,
 Abends 8 Uhr:
Vokal- u. Instrumental-Konzert
 mit nachfolgendem
Familien-Kränzchen.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber
 aus Dahomey.
 Die Herzenshantel,
 neueste Illusion.

Castan's
 Panoptikum.
Weihnachts-Ausstellung
 Das scheckige Mädchen.

Circus Renz
 Carlstrasse.
 Freitag, den 28. Dezember cr.,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben: Ein hippo-
 logisches Potpourri von 82 Freiheits-
 pferden, großes equestrisches Arrange-
 ment, vorgef. v. Herrn Rob. Renz.
 Das Schulpferd Beautiful, geritten v.
 Frau Renz-Stark. Liberator, ostpreuß.
 Klapphengst, in der hohen Schule ge-
 ritten von Herrn Rob. Renz. Mr.
 Keller, unerreicher Handequilibrist.
 Major Burk, amerikanische Original-
 Militär-Exercitien. Mr. Clark, Jockey
 und Mr. Lavator Lee, Gebr. Villand etc.
 Zum Schluss: Tjo Ni En (Beim Jahres-
 wechsel in Peking). Neue Musik-
 einlagen, Poa ma (gr. Bonnuspringen).
 Morgen, Sonnabend, und folgende
 Tage: Tjo Ni En.
 Sonntag, den 30. Dezember: Zwei
 Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr
 (ermäßigte Preise, siehe Plakate).
 Die lustigen Heidelberger. Abends
 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.
 Fr. Renz, Kommissionsrath.

Wiederholte Erklärung!
 Hiermit mache ich nochmals
 darauf aufmerksam, daß mein
 früherer Geschäftsführer Herr
 Ludwig Schrader aus meinem
 Geschäfte seit dem 20. Dezember
 d. J. entlassen und somit nicht
 berechtigt ist, irgend welche,
 für mich rechtsverbindliche
 Handlungen vorzunehmen.
 Berlin, 27. Dezember 1894.
Franz Renz,
 Königl. Kommissionsrath,
 Direktor des Circus Renz.

Circus G. Schumann.
 Friedrich Karl-Ufer.
Texas Jack's American
Prairie Life-Show.
 Täglich Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
 Am 2. Weihnachtstage, Abends
 10 Uhr, verschied sanft nach kurzen
 Leiden mein inniggeliebter Sohn, unser
 guter Bruder, Schwager und Onkel,
 der Töpfer **Louis Petrowsky** im
 34. Lebensjahre. Um stilles Beileid
 bitten
 Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Sonntag,
 den 30. d. Mts., nachm. 3 Uhr, vom
 Trauerhause, Herrfurthstr. 1 zu Nir-
 dorf, statt. 1906b

Danksagung.
 Für die vielen Beweise der Theil-
 nahme am Grabe meines Bruders
 sage allen Kollegen, insbesondere dem
 Gesangsverein (Sängerkor der Töpfer)
 meinen tiefgefühlten Dank.
 19005 **Max Böhme.**

Danksagung.
 Für die Beweise inniger Theilnahme
 und Kränzspenden am Begräbnistage
 meines unvergeßlichen Mannes sage
 allen Verwandten, Kollegen und Be-
 kannten meinen herzlichsten Dank.
 Die tieftrauernde Wittwe nebst Kindern,
Marie Geste, geb. Rott.

Danksagung.
 Für die zahlreichen Beweise der Liebe
 und Theilnahme bei der Beerdigung
 meiner verstorbenen Frau sage ich hier-
 mit allen Genossen, Freunden und Be-
 kannten, insbesondere auch dem Verein
 der an Buch- und Steindruck-Schnell-
 pressen beschäftigt. Arbeiterinnen, sowie
 den mitwirkenden Sängern meinen
 herzlichsten Dank.
Carl Dimmick.

Achtung, Arbeiter Berlins und Umgegend!
 16 große öffentliche
Volks-Versammlungen
 Freitag, den 28. Dezember, Abends 8 Uhr.
 Tages-Ordnung:

- Der Bier-Boykott.**
 - Diskussion.
- Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:
- I. Wahlkreis:** Röllig, Neue Friedrichstr. 44.
 - II. Wahlkreis:** Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
 - III. Wahlkreis:** Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.
 - IV. Wahlkreis:** Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
 - V. Wahlkreis:** Nieft, Beberstr. 17.
 - Bolzmann, Lichtenbergerstr. 16.**
 - VI. Wahlkreis:** Schneider's Gesellschaftshaus, Belforterstr. 15.
 - Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.**
 - Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.**
- Referenten: Augustin, Auer, Faber, Fischer, Hansen, Kiesel, Mattutat, Millarg, Näther, Pfannkuch, Singer, Schöpslin, Timm, Vogtherr, Wagner, Zubeil.
 Zur Deckung der Unkosten findet Tellerammlung statt.
 Wegen der Wichtigkeit dieser Versammlungen werden die Arbeiter Berlins und Umgegend
 ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 268/10

Neujahrs-Karten in größter Auswahl, sozialistische und andere.
A. Hoffmann's Verlag, Berlin O., Krautstraße 38a.
 Wiederverkäufer Rabatt! 1906b
 Neuheiten in Koupelns, Duets, Solofolgen u. s. w.

Freie Volksbühne.
 Am Sonntag, den 30. Dezember, Nachm. 2 1/2 Uhr, II. Abtheilung
 (Lessing-Theater): **Der Traum ein Leben.** V. Abtheilung (National-
 Theater): **Hildegard Scholl.** Vorher: **Ehrensoldaten.**
 Am Sonntag ist im National-Theater eine goldene Damenuhr
 verloren gegangen; der Finder wird gebeten, sie beim Unterzeichneten ab-
 zugeben.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 294/18 J. H.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Freie Vereinigung Berl. Banaußschläger.
 Sonntag, 30. Dezember, Vorm. 10 1/2 Uhr,
 im Lokal des Herrn Röllig, Neue Friedrichstraße 44:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Schenker über: „Natur und Kunst.“
 2. Diskussion.
 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Besprechung über das bevorstehende Stiftungsfest.
 5. Verschiedenes und Fragekasten. 84/12

Lohnender Nebenverdienst
 für
Händler u. Wiederverkäufer!
Neujahrswünsche
 in reichhaltiger Auswahl.
Wilh. Wustrow
 Berlin SW.
 Friedrichstraße 235.
 Spezialität: Luxuspapierwaren.
 Wohnungen, kleine freundl., sofort
 od. später. Grünauerstr. 25. 1666b*

Gardinen-Reste
 zu 1-4 Fenstern passend, Spotbillig
 in der Fabrik **Grüner Weg 80, part.**
 Eingang vom Flur.
Herren-Hüte 1,25
 neueste Façons, verkauft das Fabrik-
 comptoir **Georgentischstr. 5, II.**
Roh-Tabak.
 Das reichsortirte Lager in allen in-
 und ausländischen Rohtabaken und in
 allen Preislagen empfiehlt
W. Lindenstädt,
 179 **Grünen-Strasse 179.**
 48 **Landsbergerstraße 48.**

Freunden und Bekannten zur Nach-
 richt, daß wir keine Neujahrskarten
 versenden, und bitten wir, uns gegen-
 über in gleicher Weise zu verfahren.
A. Bebel u. Frau.
 Den geehrten Gesangsvereinen zur
 Nachricht, daß ich augenblicklich
 Dienstag oder Mittwoch zu vergehen
 habe. **Franz Apel,** Gesangslehrer,
 Frankfurterstr. 110. 1898b
 Frdl. Schlafstelle zu verm. bei Mei-
 mann, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr.
 Gute Schlafst. b. Frau Grundmann,
 Raungrstr. 72, Quergeb. 8 Tr. 1901b
 Zwei möbl. Schlafst. u. v. sep. bei
 Bwe. Gesch. Adalbertstr. 84. 1904b
 Suche im SW. möbl. Schlafstelle zum
 Alleinbew. Off. n. Pr. an **Scher,**
 Oranienburgerstr. 86. 1899b
Neu eröffnet.
Louis Keller's Festsäle,
 29, Koppenstrasse 29.
Grosser Festsaal 3000 Pers.
Oberer Festsaal 600 „
Kleiner Festsaal 300 „
 mit großen behaglichen Nebenräumen.
Im Tunnel: Grosse Vereinsküche,
 Tagesrestauration.
 Empfehle mein Weis- u. Saitisch-
 bier-Lokal mit Vereinszimmer und
 Piano. **W. Grube, Mariendorferstr. 5.**

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Parteitag der polnischen Sozialdemokraten.

Erste Sitzung.

Am 25. Dezember, vormittags 11 Uhr, wurde in Breslau, in der „Villa Liebig“, der erste polnische Parteitag durch den Genossen Kzeminicki-Breslau eröffnet. Der Saal ist geschmückt dekoriert und wurde durch den Breslauer sozialdemokratischen Gesangsverein durch Vortrag des „Sozialistenliedes“ begrüßt.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Bericht des Vorstandes über die bisherige Tätigkeit der Agitation und Rechnungslegung des Kassierers.
2. Besprechung des Planes und der Mittel der Agitation für die Zukunft.
3. Angelegenheit der „Gazeta Robotnicza“ betreffend die Redaktion, sowie Mittel ihrer ferneren Verbreitung.
4. Neuwahl des Vorstandes.

In das Bureau wurden die Genossen Verfus, Berlin, Demninger, Ostrowo und Wiese-Posen gewählt. Anwesend sind Delegierte aus Berlin 2, Posen 2, Breslau 1, Ostrowo 1, Kraus 1, Gnesen 1, Gurgin 1, Stojewo 1, Hamburg 1, Jährze 2, Königshütte 1, Niedersdorf 1, Bremen 1, Charlottenburg 2, Weutchen 1, 4 Mitglieder des Vorstandes, 1 Kontrolleur, 1 Kassierer, 2 Mitglieder der Lokalkommission.

Vom polnischen sozialdemokratischen Verein in Zürich und anderen Orten sind Begrüßungstelegramme eingelaufen, die der Vorsitzende verliest. Zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehend, berichtet der Delegierte für Kraus, Dr. Lefzer, über die Tätigkeit der polnischen Sozialdemokraten in Oesterreich, wobei er die Selbstständigkeit der polnischen sozialdemokratischen Partei hervorhebt, die bestehen könne, ohne daß sie die Verbindung und die Solidarität mit den Parteien aller Kulturländer aus den Augen zu verlieren brauche. Die Selbstständigkeit und Autonomie der polnischen Sozialdemokratie in Oesterreich hindert sie nicht, den rechten Anteil an der Wahlrechtsbewegung in Oesterreich zu nehmen und in allen gemeinsamen Fragen solidarisch vorzugehen. Es erfolgte alsdann die Berichterstattung des Genossen Morawski-Berlin über die Agitationstätigkeit der „Gazeta Robotnicza“, welche als zufriedenstellend bezeichnet wird. Die Abonnentenzahl der „Gazeta Robotnicza“ ist auf 1200 zahlende Abonnenten gestiegen; im letzten Jahre ist auch die Agitation unter den polnischen Bergarbeitern und Landarbeitern stark bemerkbar geworden.

Arzeminicki-Breslau spezialisiert die Land- und Stadt-Agitation, wobei er die gegen die Sozialdemokratie geplanten Gesetze bespricht. Es erfolgte sodann die Abrechnung. Die Einnahmen betragen vom 1. September 1893 bis 1. Dezember 1894 7217,96 M., die Ausgaben 7229,59 M., sonach ist ein Minus von 11,63 M. vorhanden. Der Vorstand spricht den deutschen und den ausländischen Genossen seine Anerkennung für die geleistete Hilfe aus. Die Delegierten wurden aufgerufen, die Genossen zur größeren Opferwilligkeit zu Parteimethoden zu bewegen. Der Kassierer Genosse Wlozinski bestätigt die Richtigkeit der Rechnungslegung und ersucht dem Kassier Verchaze zu ertheilen. Das geschieht. Dem Delegierten für Bremen, Genossen Karwig, erscheinen die bisher gebildeten Berichte optimistisch; besonders glaubt er, daß die Tätigkeit der Agitationskommission nicht genügend erschöpfend gewesen sei. Im weiteren verlangt er, daß man sich auch für die Agitation in Bremen interessieren solle. Genosse Jalincki-Hamburg hält das von Karwig Gesagte für nicht haltbar. Agitation koste Geld, da solches nicht in Ueberfluß vorhanden, sei mit den vorhandenen Mitteln eingeleistet worden. Durch größere Opferwilligkeit, Flugblätter und Broschüren könnte allerdings mehr erreicht werden. Solidrocki spricht sich ähnlich aus. Brzodwinowicz erklärt, daß die Agitation angesichts der großen Schwierigkeiten, die man den Polen in den Weg legt, die Agitation alles Mögliche gethan habe. Karwig-Bremen will mit seinen Worten durchaus kein Mißtrauen gegen den Vorstand ausgesprochen haben. Nach Ablehnung verschiedener unbedeutender Anträge wird dem Gesamtvorstand ein Vertrauensvotum erteilt. Schluß der Sitzung nachmittags 2 Uhr.

Zweite Sitzung.

Am 4 Uhr werden die Beratungen fortgesetzt. Es erfolgt die Besprechung der Agitation und deren Förderung. Morawski ist für politische und gewerkschaftliche Agitation und Wahl von Vertrauensmännern. Stota-Jaborze verlangt die Aufstellung der Vertrauensmänner durch den Parteivorstand. Jalincki und Sosna sind dagegen. Neumann-Königshütte ist der Ansicht, daß das größte Gewicht auf die Agitation unter den Bergarbeitern zu legen sei, da ja sie zum größeren Theil schon vorbereitet seien; er wünscht aus diesem Grunde die Entsendung eines Kolporteurs nach Jährze, Schwintochlowitz, Kattowitz u. Kanicki-Weutchen führt dazu aus, daß das Kolportieren in jener Gegend mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei, da die Kolporteurs auf Schritt und Tritt verfolgt würden. Genosse Neumann bespricht den Kostenpunkt und beklagt dabei den Mangel an Mitteln; er wünscht auch, daß man in der Wahl der zu Kolporteurs auszuwählenden Personen vorsichtig sein solle, da sie sich nicht immer zuverlässig gezeigt hätten. Dr. Lefzer rath, die Kolporteur-Angelegenheit den Lokalkomitees zu überweisen und von dem Thema abzubrechen.

Merkowski verbreitet sich sodann über die Agitation in Oberschlesien, die behördlichen Verfolgungen, denen die nach dort entsandten Agitatoren und Kolporteurs ausgesetzt seien, und auch zum Theil die Verweigerung der politischen Agitation mit der gewerkschaftlichen, hätten dazu beigetragen, daß der Erfolg in Oberschlesien noch viel zu wünschen übrig lasse. Er sei für die lose Verbindung, — Einrichtung von Delegierten, private Zusammenkünfte u. dergl. —; er verspricht sich davon mehr Erfolg. Vor allem solle man in der Auswahl der Vertrauensmänner vorsichtig sein und die säumigen von ihren Stellungen entfernen.

Kzeminicki-Breslau empfiehlt den Anschluß an die in Breslau bestehende Organisation, da selbige ihre Tätigkeit bis Oberschlesien erstreckt.

Deminger-Ostrowo beklagt den Mangel an Lokalen zu Versammlungen, die, wie überall, durch gewisse Machinationen der Gegner abgetrieben würden. Er ersucht den Parteitag um die nöthige Unterstützung.

Dr. Lefzer fährt aus, daß der Hauptzweck des Parteitages doch der sein soll, die sozialdemokratischen Ideen in die weitesten Kreise zu tragen; er empfiehlt, mit der arbeitenden Bevölkerung im angrenzenden Oesterreich-Schlesien Fühlung zu nehmen, dort sei die Agitation schon vorgeschritten und gewiß werde es möglich sein, die jenseits der Grenzpfähle wohnenden

Arbeitsbrüder für uns zu gewinnen. (Bravo.) Er ermahnt die Genossen, nicht immer auf Hilfe von aufwärts zu warten, sondern selbst mit Hinzunahme aller persönlichen und anderen Sonderinteressen, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen. Bezüglich der Organisation, sei er für das Vertrauensmänner-System, doch warnt er vor der Veröffentlichung der Namen derselben und wies auf die Organisation in Oesterreich hin. Genosse Wiese-Posen rüht in seinen längeren Ausführungen die Uebersehung der gewerkschaftlichen Bewegung, die die politische Propaganda nur beeinträchtigt; das politische Moment dürfe bei der Organisation der polnischen Arbeiter nicht aus dem Auge gelassen werden, da nur politisch gereifte Arbeiter sich gewerkschaftlich gedeihlich entfalten könnten.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung werden dann vom Genossen Jalincki-Hamburg folgende Anträge eingebracht:

Auf Grund der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Paris, Brüssel, Zürich, den 1. Mai als Arbeitstag zu feiern, solle der Parteitag der polnischen Sozialdemokraten es dem Parteivorstand zur Pflicht machen, eine der Maifeier entsprechende Broschüre herauszugeben.

Bezüglich der Agitation beantragt Jalincki: In den Ostprovinzen, wo die Bevölkerung meistens eine ackerbauende ist, die Agitation mehr der ländlichen Bevölkerung zuzuwenden. Die Anträge werden fast einstimmig angenommen. Desgleichen ein Antrag, der dahin geht, der Parteivorstand solle Ermittlungen anstellen, wie viele und wo Polen in deutschen Gegenden arbeiten, um durch Verbreitung von Zeitungen, Flugblätter, Broschüren nützlicher wirken zu können.

Ferner werden folgende Anträge gestellt und angenommen: In anbeacht der geringen Fortschritte der Agitation der Bergleute Oberschlesiens sollen in allen Orten Oberschlesiens Vertrauensmänner gewählt werden, deren Namen geheim gehalten werden, sofern es die Umstände erforderlich machen, um sie in steter Verbindung mit dem Parteivorstand zu unterhalten. Der Antrag der Berliner Genossen geht dahin, „einer Kommission, bestehend aus drei Personen, den Auftrag zu geben, Mittel zu sammeln, um die Landagitation zu fördern.“ Dieser Antrag wird als Zusatz zu dem Antrage Jalincki's als erledigt betrachtet. — Die Rixdorfer Genossen verlangen, den Fachvereinen mehr Beachtung zu schenken und solche in polnischen Gegenden einzuführen.

Mit der Aenderung statt: „einzuführen“ „gutzuheißen“, wird der Antrag angenommen.

Schließlich wurde noch beschlossen, daß auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie ein polnischer Genosse theilzunehmen hat, um Bericht über die polnische Bewegung zu erstatten.

Hierauf Schluß der Nachmittags-Sitzung 8 Uhr Abends.

Dritte Sitzung.

Am 26. Dezember eröffnete der Vorsitzende Genosse Verfus um 11 1/2 Uhr die Sitzung.

Er theilt den erschienenen Genossen die Verhaltung des Genossen Dr. Lefzer-Kraus mit. Derselbe ist kurz vor Eröffnung der Versammlung erfolgt. Die Delegierten drücken ihr tiefes Bedauern über das Vorgehen der Breslauer Polizeibehörde aus. Der Vorsitzende ermahnt sie, ihre Gefühle zu beherrschen. Es wird sodann das Begrüßungs-Telegramm des sozialdemokratischen Vereins in Stry in Galizien verlesen.

Wiese-Posen begründet die Nothwendigkeit, den Verlag und Druck der „Gazeta Robotnicza“ nach Posen zu verlegen. Es sei, wie Wiese ausführt, unbedingt erforderlich, angesichts der mahlösen, ungerechten Angriffe seitens der dortigen herrschenden Klassen, insbesondere der Geistlichkeit, einen Gegenruck auszuüben, und zu dem Zwecke sollte den polnischen Arbeitern unbedingt ein Organ zur Verfügung stehen, um alle Angriffe abzuwehren. Genosse Januskiwicz-Posen befürwortet den Antrag; Merkowsky ist auch dafür, macht aber auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die mit der Ausführung desselben verbunden sind. Insbesondere solle man auf die Gefahren, denen das Blatt in Posen ausgesetzt sein würde, Bedacht nehmen.

Brzodwinowicz-Berlin verliest ein Schreiben aus Moskau, welches sich für den Antrag Posen ausdrückt, um die wahren, völlerbezeugten sozialdemokratischen Ideen in alle Lande zu verpflanzen. — Morawski ist ebenfalls für den Antrag, verkennt auch nicht die vom Genossen Merkowsky vorgebrachten Einwendungen, er will deshalb den Zeitpunkt feststellen wissen, wann die „Gazeta Robotnicza“ nach Posen verlegt werden und welche Mittel hierzu verwendet werden sollen. — Karwig-Bremen will erst eine festere Organisation geschaffen haben. — Sosna-Jaborze plädiert für Verlegung der Zeitung nach Oberschlesien. — Wlozinski erwärmt sich gleichfalls für diese Idee, weil die dortigen Industriebetriebe mehr Aussicht auf Erfolg gäben. Er verlangt, die „Gazeta Robotnicza“ noch ein Jahr in Berlin zu belassen, um den Boden in Posen und Oberschlesien mehr vorzubereiten.

Solidrocki-Berlin ist für Posen, macht aber auf die Gefahren, die das Blatt seitens der Behörden, der Geistlichkeit, ja auch durch die eigenen Brüder zu bestehen hätte, aufmerksam, und ist deshalb nicht für sofortige Ueberführung.

Brzezina-Kreuzburg ist gegen den Antrag; er macht geltend, daß die Berichte in Berlin und Posen verschieden urtheilen.

Nachdem noch Verfus die Posener Zustände geschildert hatte, die eine Gegenagitation erforderten, und noch andere Delegierten ihre Meinung kund gegeben hatten, wurde mit Majorität beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, die „Gazeta Robotnicza“ jederzeit dahin zu verlegen, wo die größte Aussicht auf Erfolg vorhanden ist.

Zum Schluß der Sitzung bringt Genosse Pajold vom sozialdemokratischen Verein Breslau über die Verhaltung des Dr. Lefzer folgende Nachricht. Ein glücklicher Zufall führte mich mit Dr. Lefzer zusammen; er theilte mir mit, daß er vor der Thür der Villa Liebig, als er gerade im Begriff war, in den Saal einzutreten, verhaftet, aber wieder entlassen wurde, nach dem er auf Ehrenwort verpflichtet worden war, nicht wieder an dem Parteitage theilzunehmen und um 4 Uhr Breslau zu verlassen. Alle Korrespondenzen, die er bei sich führte, sind ihm abgenommen worden. Da er sich weiteren Maßnahmen nicht aussetzen will, habe Dr. Lefzer erklärt, verlasse er zur besagten Stunde Breslau. Die Genossen begleiteten ihn zum Bahnhof. — Es liegt wohl kein anderer Grund zur Entfernung Lefzer's war, als daß er den Behörden zu „schneidig“ aufgetreten ist.

Erster nationaler Bergarbeiter-Kongress in Essen.

Essen an der Ruhr, 26. Dezember 1894.

Der erste nationale Bergarbeiter-Kongress hat heute Mittag um 11 Uhr im Saale der Wwe. Kraus am Steelerthor seinen Anfang genommen. Der Kongress ist in Verfolg des Beschlusses des Pfingsten in Berlin abgehaltenen internationalen Bergarbeiter-Kongresses, die nationalen Vereinigungen und Organisationen zu stärken, zusammengetreten.

Der Kongress ist gut besetzt. In dem mit Lannengrün und Zahren geschmückten Saale, dessen Gallerien die Aufschriften: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ und „Durch Nacht zum Licht“ zeigen, haben sich etwa 100 Delegierte eingefunden. Die meisten Delegierten stammen aus den rheinischen und westfälischen Kohlenrevieren, aber auch Nieder-, Oberschlesien haben je einen, die sächsischen Reviere sogar drei Delegierte entsandt. Genosse Legien ist als Vertreter der Generalkommission anwesend.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. a) Achtstündige Schicht für alle Arbeiter unter und über Tage (einschließlich der Ein- und Ausfahrt).
b) Verbot der Frauen- und Kinderarbeit.
c) Abschaffung der Akkordarbeit.
2. a) Einführung eines einheitlichen Vergesetzes für alle Bergreviere Deutschlands.
b) Einheitliche Anapflichtsklasse.
c) Einheitliche Arbeitsordnung.
3. a) Unfallversicherungen und Beroetterung in den Gruben.
b) Inspektionen und Kontrolleure, von den Arbeitern frei gewählt und vom Staate besoldet.
4. Vereinigungsfrage.
5. Anträge.

Im Namen des Essener Komitees eröffnet Mühlentz-Essen den Kongress, er weist in seiner Begrüßungsrede darauf hin, daß in Essen vor 26 Jahren der Grundstein zur Organisation gelegt worden sei, die aber von der Macht des Kapitalismus wieder gebrochen worden sei. Er hofft, daß diesmal der Bau der Organisation so fest gestaltet werde, daß er dem Kapitalismus Widerstand leisten könne.

Kamerad Schumann-Mitten begrüßt die Delegierten mit einem herzlichen „Glück auf“, und schlägt für das Präsidium Paul Horn-Zwidau, Schröder-Dortmund und Abgeordneten Böller-Waldenburg vor. Die Vorschläge werden akzeptiert und Horn-Zwidau übernimmt den Vorsitz, während Möller als Schriftführer und Schröder als Beisitzer fungirt.

Nachdem eine fünfgleidrige Mandatsprüfungskommission gewählt worden ist, wird auf Vorschlag Möller's eine zweite Kommission zur Prüfung und Sichtung der eingehenden Resolutionen eingesetzt.

Der Vorsitzende Horn bringt dem Kongress die Grüße der sächsischen Kameraden, dessen Enderufung sie mit Freuden begrüßt hätten.

Schröder-Dortmund begrüßt ebenfalls die Anwesenden und weist darauf hin, daß in dem gleichen Lokale 1878 die Vereinigung der Bergleute im Rheinland-Westfalen gegründet worden sei, die sofort 17 000 Mitglieder um ihre Fahne geschaart habe, aber nach den Intentionen aufgelöst wurde. Der Drang nach der Vereinigung sei dadurch nicht erstickt worden, das beweise der heutige Kongress. Die internationalen Kongresse hätten gezeigt, daß sich die Bergarbeiter der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen haben. Wer nicht Egoismus treibe, sondern die Solidarität aller Arbeiter hochhalte, werde nicht unzufrieden den Kongress verlassen. Der darniederliegende Bergarbeiterstand soll gehoben werden, deshalb habe das Komitee auch die christlichen und „gemischten“ Vereine eingeladen. Das Wohl des Bergarbeiters hänge aber eng mit dem Wohl aller anderen Arbeiter zusammen, deshalb sei die Solidarität aller Arbeiter notwendig, in diesem Sinne rufe ich „Glück auf!“ (Lebhafte Beifall.)

Sayner-Beilstein bringt die Grüße der nieder-schlesischen Kameraden.

Kafczyk-Oberschlesien bringt Grüße aus Oberschlesien; er ist der deutschen Sprache nicht ganz mächtig und bittet deshalb um Entschuldigung. Die Bergarbeiter an der russischen Grenze befänden sich in elendester Lage, sie erhofften von den Beschlüssen dieses Kongresses endlich eine Besserung ihrer Verhältnisse.

Das Bureau wird noch durch weitere neun Personen ergänzt.

Nachdem die vorgeschlagene Geschäftsordnung und Tagesordnung genehmigt ist, vertagt sich der Kongress bis nachmittags 3 Uhr.

Die Nachmittags-Sitzung wird von Schröder-Dortmund eröffnet und geleitet. Der Kongress tritt in die Beratung der Tagesordnung ein. Zu Punkt 1 nimmt das Wort Meyer-Badum: Die Achtstundensfrage hat im Vordergrund aller Kämpfe in den letzten Jahren gestanden. Die Schächte werden von Tag zu Tag tiefer, das Arbeiten also immer gesundheitsgefährlicher, deshalb ist die achtstündige Arbeitszeit einschließl. der Ein- und Ausfahrt anzustreben. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird dazu beitragen, den arbeitslosen Bergarbeitern Arbeit zu verschaffen. Wenn unsere Gegner sagen, eine Verkürzung der Arbeitszeit werde eine verminderte Produktion zur Folge haben, so ist das nicht richtig. Bergarbeiter giebt es genug; jetzt konnten nicht einmal alle vom Militär entlassenen jungen Bergarbeiter wieder eingestellt werden. Die Hauptsache für die Erreichung des Achtstundentages ist eine gute Organisation. Einer schwachen Organisation gegenüber würden die Unternehmer, die vielleicht den Achtstundentag eingeführt haben, bald wieder längere Arbeitszeit einführen. Sechs Stunden Arbeit unter Tage ist täglich genug. Die schwere Arbeit heischt Erholung. (Beifall.)

Was die Frauenarbeit anlangt, so ist sie in unseren Revieren hier so gut wie abgeschafft, aber im Bezirk des Oberbergamts Breslau werden noch 7557 Frauen, in Halle 538, in Klauenthal 16 Frauen beschäftigt. Man sieht, bis zur völligen Abschaffung der Frauenarbeit in den Bergwerken hat es noch gute Wege. Ein gleiches ist von der Kinderarbeit zu sagen. Wir müssen ein völliges Verbot der Kinderarbeit anstreben. Gebt dem Vater soviel, daß er seine Kinder ernähren kann. Wenn sich Frauen an Versammlungen betheiligen, so schreibt der Grubenproy quer, die Frau soll Kinder warten, Strämpfe kopfen, andererseits beschäftigt er die Frauen tageintags in seinem kapitalistischen Betriebe.

Was die Akkordarbeit betrifft, so unterschreibe ich den Satz „Akkordarbeit — Mordarbeit“. Dauernd wird sie sich schwerlich halten lassen und es kann und nur nützlich sein, die Abschaffung

anzustreben. Ein Hausbesitzer wird ohne Akkordarbeit der Bergmann nicht werden. Jeder aufgeklärte Mann weiß, daß jeder im Bergbetriebe seine Pflicht und Schuldigkeit zu thun hat. Der Kongress solle entschieden zu allen diesen Fragen Stellung nehmen, dann werde er seinen Zweck erfüllen. Glück auf! (Beifall.)

Nach dem Bericht der Mandats-Prüfungskommission sind 86 Delegierte anwesend.

In der Diskussion erklärt sich **Meiner** - Gesellschafter mit dem Referenten einverstanden. In Bezug auf Frauenarbeit vertritt er den Standpunkt: „Gleiche Arbeit gleichen Lohn.“ Wenn die Frauen gleichen Lohn erhalten, habe er nichts dagegen einzuräumen. Die Akkordarbeit müsse abgeschafft werden, sie sei an der Mehrzahl der Gruben-Unglücke schuld.

Bradé - Bodmar-Sachsen fordert Verkürzung der Arbeitszeit im Interesse der Sittlichkeit der Arbeiter. Die lange Arbeitszeit sei auch an den Grubenunfällen schuld. Die sächsischen Bergarbeiter stehen auf dem Boden des Achtstundentages, sie haben eine Petition an den sächsischen Landtag eingereicht und sie ist dort besprochen worden. Der Erfolg werde auch nicht ausbleiben. Nur eine starke Organisation könne aber etwas erreichen.

Denker - Planenscher Grund - Sachsen fordert den Achtstundentag aus wirtschaftlichen, sanitären und moralischen Gründen. Das sächsische Berggesetz enthalte wie die übrigen Berggesetze keine Bestimmung über die Länge der Arbeitszeit. Der Unternehmer dürfe seine Arbeiter 15 Stunden ausbeuten, wenn er es nur in der Arbeitsordnung feststelle. Die Frauenarbeit werde sich ohne Weiteres nicht ganz abschaffen lassen, aber aus den gesundheitsschädlichen Betrieben sollen sie entfernt werden. Das Wesen der Akkordarbeit sei im höchsten Maße verwerflich. In Sachsen sei nicht nur einfache Gedinge-Arbeit eingeführt, vielsach bestehe noch das getrennte Gedinge, was noch viel ausbeuterischer wirke, als das einfache Gedinge.

Kniesburger - Barbed. Der Achtstundentag sei das Zielgeschehen sämtlicher organisierter Arbeiter, der Bergmann, der unter der Erde arbeite, habe den allerersten Anspruch darauf. Bezüglich der Akkord- und Frauenarbeit steht er auf dem Standpunkt der Vorkredner. Die Organisation, die nun seit 1889 bestehe, müsse sehr gestärkt werden, von den übrigen Verbänden halte man sich fern, da man es da nicht mit wahren Arbeiterfreunden zu thun habe. (Beifall.)

Zita - Verne fordert neben der Abschaffung der Akkordarbeit die Vereinfachung sämtlicher Ueberarbeit. Auf seinem „Wert“ würden wöchentlich zwei bis drei Mal Ueberstunden gemacht, also 16 Stunden gearbeitet. In der ganzen Welt kämpfen die Arbeiter für Verkürzung der Arbeitszeit, deshalb solle man sich dem internationalen Proletariat anschließen. (Beifall.)

Reichstags-Abgeordneter Legien - Hamburg (Vorsitzender)

der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands) begründet die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Fortschritt der maschinellen Technik. Dem Grubenbesitzer solle man es nicht überlassen, die Arbeitszeit zu bestimmen. Der Bergmann fordert die Schätze an der Erde, er hat Anspruch darauf, daß die Arbeitszeit so kurz wie möglich festgestellt werde, denn er leistet die gesundheitsschädliche Arbeit. Die Unternehmer wollen von der Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen. Kommissar sei die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, tatsächlich sei zehn- und elfstündige Arbeitszeit. Acht Stunden werde vor Ort gearbeitet. Die drei Stunden, die der Bergmann vielleicht gebüht zu kriechen habe, ehe er „vor Ort“ komme, würden nicht mitgerechnet. Man sollte einmal den Besitzern zumutben, 8 Stunden vor Ort zu arbeiten, sie würden bald den wirklichen Achtstundentag bewilligen. (Beifall.) In einer hier erschienenen Broschüre werde gesagt, auch die englischen Arbeiter seien teilweise gegen den Achtstundentag. Ja, weil sie bereits den Siebenstundentag haben. (Große Heiterkeit.) Bei der achtstündigen Schicht werde die Produktion auf die Dauer nicht zurückgehen, der Arbeiter gehe kräftiger und mit mehr Lust an die Arbeit. Doch darauf komme es nicht an. Wer habe am ehesten das Recht zum Leben in der Gesellschaft? Wer leiste der Gesellschaft mehr? Der Bergwerksbesitzer oder der Arbeiter? Die Erhaltung der Lebenskraft des Volkes ist die Hauptsache, nicht die hohen Prozente der Besitzer. Deshalb sei der Achtstundentag die Hauptforderung. Die Akkordarbeit sei gerade in Bergwerksbetrieben am gefährlichsten. Bei der Akkordarbeit werde leichtsinnig und nachlässig gezimmert und der Arbeiter sei keinen Augenblick sicher, daß das Gestein zusammenhalte infolge der schlechten Zimmerer. Ein Bergarbeiter habe sich gerührt, im Monat 42 Schichten gefahren zu haben. (Rufe: Pui!) Deshalb müsse für Ueberarbeit höherer Lohn gefordert werden. Mit dem Kongressbeschluss sei es nun nicht getan. Unternehmer wie die geschlagene Gewalt im Staate werden auf einen Kongressbeschluss kein Gewicht legen, wenn sie nicht wissen, daß hinter dem Kongress eine starke Organisation steht, die eventuell mit einem Streik das Ziel erreichen will. Also eine starke Organisation ist notwendig. Auf die Gesetzgebung dürfe man nicht warten, oben wehe kein arbeiterfreundlicher Wind. Die Gesetzgebung gehöre vor den Landtag und da sitzen keine Arbeitervertreter. Wo die Macht, da das Recht. So lange die Arbeiter sich nicht durch Organisationen die Macht erringen, haben sie kein Recht. Nur eine starke Organisation kann zur Erreichung der hier gestellten Ziele führen. (Lebhafter Beifall.)

Kasch - Jahrgang gibt ein Bild der ober-schlesischen Verhältnisse. Auf schlesischen Gruben werde 9 Stunden, auf den hertschäftlichen Gruben 12 Stunden gearbeitet. Es herrsche dort große Arbeitslosigkeit, viele Arbeiter seien vor Hunger zu Spitzbuben geworden. Die von Meiner angeführte Zahl von 7500 Frauen umfasse nur die zu den Knappschäfervereinen

gehörigen Frauen im Ober-Bergamts-Berzirk Breslau. Außerdem würden noch viel mehr Frauen in den Gruben beschaftigt zu einem Lohn von 50 Pf. täglich. (Pursche.) Die Beamten verführten die jungen Frauen und Mädchen in schändlichster Weise.

Lehner - Weiststein fordert gesetzliche Einführung des Achtstundentags in Bergwerken.

Schwindt - Dortmund stellt den Antrag, der Kongress möge sich für eine Nationalisierung der Bergwerke aussprechen. **Greiff** - Herne beantragt als Zusatz zu Punkt 1: „Abschaffung jeglicher Ueberarbeit“. Ein dritter Antrag fordert Einführung eines Minimallohnes.

Schwindt - Dortmund begründet seinen Antrag. Die Besteuerung der privaten Besitzer von Bergwerken werde den Arbeitern nur förderlich sein. Für diesen Gedanken seien auch Kreise zu gewinnen, die sonst den Bergleuten nicht freundlich gesinnt seien. Die Verteuerung der Kohlenpreise durch das Syndikat habe weite Volksteile schwer getroffen, sogar den Staat in die Zwangslage gebracht, Kohlen für die Marine im Ausland zu kaufen. Träte eine Nationalisierung ein, so werde sich der Reichstag mit den ganzen Fragen zu beschäftigen haben und das würde nur der ganzen Bergarbeiterfrage förderlich sein. Auch die beiden übrigen Anträge werden kurz begründet. Der Antrag auf Einführung eines Minimallohnes speziell mit englischen Verhältnissen. In der Diskussion wird von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß in dem Antrag eine bestimmte Summe als Minimallohn festgesetzt werden müßte.

Abgeordneter im sächs. Landtag Horn - Jwidau bittet, den Antrag auf Minimallohn jetzt zurückzuziehen und ihn wieder einzubringen beim Punkt der Arbeiterordnungen. Nach dem sächsischen Berggesetz müßten die Arbeiterordnungen die Minimal- und Maximallöhne enthalten. Redner bittet ferner den Antrag Schwindt auf Verstaatlichung der Bergwerke abzulehnen. Die Staatsbetriebe seien heute noch durchaus keine Musterbetriebe. Niedrige Löhne, schlechte Behandlung und noch dazu Einschränkung in der politischen Freiheit, das sei die Signatur der heutigen Staatsbetriebe.

Die Diskussion wird geschlossen.

In dem Schlussworte meint **Abg. Müller** - Waldenburg, die Frage der Akkordarbeit sei noch nicht spruchreif, sie hänge zu sehr mit der Lohnfrage zusammen und werde erst im Zukunftsstaate völlig abgeschafft werden können. Prinzipiell sei er natürlich ein Gegner der Akkordarbeit. Er bittet um Annahme einer Resolution, die aus Sicherheits- und sanitären Gründen die gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit inkl. Aus- und Einfahrt fordert. Die Resolution soll über Nacht gedruckt und erst morgen zur Abstimmung gelangen. Um 1/27 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Neujahrskarten

nur für Händler und Wiederverkäufer.
Spezialität: Sozialdemokratische
Glückwunschkarten. 12762
C. Schipke & Co.,
Berlin S., Plan-Isler 96, 1. Et.,
an der Kottbuser Brücke.

Der billigste und zuverlässigste Uhren-
Einkauf sowie Reparatur ist unabweis-
haft bei
254L
Albin Gröger, Uhrmacher,
Dranienstr. 1, Berlin SO.

Nickel-Cylind.-Remont. von 5 M. an.
Silberne „ 12 „ „
Goldene Damen-Remont. „ 22 „ „
Goldene Herren-Remont. „ 38 „ „
Getr. silb. Cylinderröhren „ 3 „ „
Regulateure m. Schlagw. „ 16 „ „
Wanduhren, Nickel-Wecker, Ketten etc.

Buchführung, auch Hundentweife,
besorgt zuverlässig
Kölln, Saarbrückerstr. 7. 1873b

Schuhe und Stiefel
aus der Deutschen Schuhfabrik in Erfurt
empfiehlt
894L
C. Anders,
Griechstraße 82.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Baletots,
sowie Pelzinnen-Mänteln, Joppen, An-
zügen, einzelnen Mänteln, Jaquets,
Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln,
Hüten, Wäsche, Betten, goldenen
und silbernen Herren- u. Damen-Uhren,
Waschseifen, Reise- und Holzstöcken
u. s. w. billig und gut kaufen will,
empfehle mein bekanntes reichhaltiges
Lager in Alt und Neu.

A. Wergien,

Schneidemeister und Parfumerie-
Händler, 923B
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Chemische Waschanstalt und Färberei.

Reinigung von Damen- und
Herren-Kleidern etc.
Ganze Wohnungs- Einrichtungen
werden zur Reinigung übernommen.
Spezialität für Gardinen,
echte Spitzen, Kleider für Aus-
besserung von Damen- und Herren-
garderobe. Glanzentfernung blauger-
tragener Kammerstoffe.
Billige Preise. Aufm. Bedienung.
Hauptgeschäft: Kaiser Wilhelmstr. 181.
Fabrik: Alexanderstr. 11.
M. Knerich & J. Nährig.

Empfehle

25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M.
an, eig. Fabrikat, rein amerik. Tabak.
Nippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.
C. Wolsdorf,
Wasserthor-Straße Nr. 20.

Zum Rähmaschinen-Schwindel.

Alle Personen, denen kleinere Rähmaschinen aufgedrängt worden sind,
ohne dafür Verwendung zu haben, werden gebeten, Ihre Adresse mit Klar-
legung des Sachverhalts und Angabe der betreffenden Firma unter E. B. E.
in der Expedition dieser Zeitung mitzulegen. 1893b

Zum Rähmaschinen-Schwindel.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.
sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 1475b

Halb und Halb.

Mampe mit
Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Ueberall zu haben!

Neujahrskarten,

sozialistische, in allen Mustern, empfiehlt
en gros und en détail
Th. Mayhofer Nachfolger,
Sozialdemokratische Buchhandlung,
Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Rum

anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Glühwein-Extrakt, hochfein, Literflasche 1,30, 5 Liter 5,50.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50 10 Liter 10,--
Ingber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,--
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzügl., Literflasche à 1,30.
Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplaz 6a.
81, Neue Friedrichstr. 81. S, Oranienstr. 8. 29, Genthinerstr. 29.

Gardinen - Fabrik

Großes Lager gestickter und engl.
Züllgardinen, Stores, weiß und
creme. Große Auswahl in Sophas,
Tisch- und Bettdecken, auch im
Einz. d. den billigst. Fabrikpreisen.
E. Knappe aus Rutsch i. Sachsen
Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

Bettfedern,

deutsch gerüstete
neue, vorzügl. füllend,
Stund 50, 70, 90 Pf.
Halbdannen Fd. 1,10. Halbdannen, Silber-
hell, Fd. 1,40. Dannen von vorzügl. Füllstoff
(2 Fd. gemägen zum größten Oberbett) Pfund
2,70, empfiehlt das als irrag. und bekant,
1870 gegründete Spezialgeschäft v. **S. Pollack,**
Oranienstr. 61, am Schtopplatz.

Weinldg. v. Carl Boehme

seit 1889: Reichensbergerstrasse 148,
empfiehlt zum Fest u. Solwekerabend:
Rum, Glühwein, Punsch - Essenzen,
Literflasche v. 1,00 M. an, ferner vorzügl.
Bordeaux, Portugiesische, Ungar- u.
Rheinweine, Liqueurs und Fruobtsäfte.

Möbel- Gelegenheitskauf

zu außerordentlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200-1000 M. Theilzahlung ge-
stattet. Elegante Ruhbaum- u. Maho-
gani-Kleiderstühle u. Vertikows 80 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Waschtiseltten, Küchen-
spindeln, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.;
Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux
65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
Panzelsophas 80 M.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand veräumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Berliner Kaffee-Mischung

Pfund 40 Pf., empfiehlt
Ed. Schreiber, Weinmeisterstr. 8

Sophastoff-Reste

in Nips, Damast, Crèpe, Fantasie,
Gobelin, Plüsch und bunten
Morquets spottbillig!
Proben franko! 5150L
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße 158.

In Roh- Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten !! billigster Einkauf!! **W. Hermann Müller** Berlin Alexanderstr. 22. Streng reelle Bedienung. Creditgewährung nach Uebereinkunft!! Ein Jeder mache den Versuch.

Liqueur-Fabrik H. Fernitz,

SO., Falckensteinstrasse 19,
empfiehlt zu dem bevorstehenden Feste:
Fornitz'sohe Magen-Tropfen à Liter
1,50 M., feinster Ostindischer Ingber-
Magen-Wein à Ltr. 2,00, sowie sämtl.
Liquere eigener Fabrik. Engros-Lager
von Rum, Cognac, Arao. Hauptlocer-
lage des italienischen Nationalkollers.
Außerdem Bordeaux, Rhein-, Mosel-,
medicin. Ungar- und portugiesische
Weine. 1236L
2. Geschäft: Colonial-Waaren,
Delikatessen, Futter-Handlung.
en gros.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Eg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Straße 37 Wildtudel, Kannen, Satten, Maße, Lampen, Klapplorrate, Buttermaschinen, Butternetter, Drehrollen. **Jordan,** H. Marckstr. 23. Achtung! Zahnerlag, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark, Guckel, Lauffer Plaz 2, Eiffelstr. 12.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L
an diesem Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Könighr. 59, vorn L, sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit verliehen gewesen u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderstühle 15, Küchen-
spindeln, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Ruhbaum-Kleiderstühle 80, Stühle
3 Mark, hochfeine Muschelstuhlfedern
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspindeln, Panee-
sophas 75, Buffets, Trumeaux 65 M.,
Betten, Confitentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
bleiben bis April kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportirt und aufgestellt.

Arbeitsmarkt.

Musikinstrumenten-Arbeiter- Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von
Görs & Kallmann
haben infolge Maßregelungen und
Lohnforderungen die Arbeit nieder-
gelegt. Inzug ist strengstens fern-
zuhalten.
198/13 Die Lohnkommission.

Achtung, Tischler!

Inzug u. d. Küchenmöbel-Fabrik von
Oskar Springer,
Generalstraße 8, Weissenhof,
ist unbedingt fern zu halten. 149/13
Die Kontrollkommission.
Barbierlehrling, Sohn ausländiger
Eltern, verl. Marckstr. 106. 1903b
E. Lehrling zur Schlosserei verlangt
Gr. Frankfurterstr. 106. 1903b
Furbelstepper und Furbelstepp-
rinnen auf Konfekt-Stückerlei bei
hohem Lohn verlangt
1757b **David Riese,** Kurtr. 39.
Verkäufer auf Neujahrspfeifen verl.
Tulla, Demminestr. 11 2 Et. 1893b